©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

VALUR INGIMUNDARSON

„DER CHEF DES KALTEN KRIEGES"

C.D. Jackson, psychologische Kriegführung und die deutsche Frage 1953/54

Nach seinem großen Sieg in den Präsidentschaftswahlen von 1952 gab Dwight D. Eisenhower ganz unterschiedliche Signale über den außenpolitischen Kurs seiner Administration. Einerseits schien er gewillt, die Einsätze im Kalten Krieg zu erhöhen und sich an die republikanische Wahlkampfrhetorik von der „Befreiung" Ostdeutschlands und Osteuropas zu halten. Anfang 1953 rief er zum Beispiel ein nach William Jackson benanntes Komitee ins Leben, das die amerikanische Propaganda komplett überholen sollte; auch legte er einen streng geheimen Plan zur Bildung antikommunistischer militärischer Einheiten in Westdeutschland vor, eines „Freiwilligen Freiheitskorps" aus osteuropäischen Exilanten, das im Kriegsfall für den Einsatz in Europa oder Asien gedacht war. Außerdem berief er Charles Douglas Jackson, den Vizepräsidenten von „Time-Life" und getreuen Anhänger der Befreiungs-Doktrin, in ein neues Amt, das in Zusammenarbeit mit Regierungsstellen wie dem State Department, der Central Intelligence Agency (CIA) und dem Verteidigungsministerium die psychologische Kriegführung der USA zu leiten hatte. Andererseits bekräftigte Eisenhower seine Verpflichtung auf die Kernelemente der Containment-Politik, die von der Truman-Administration in Westeuropa verfolgt worden war. So bekundete er seine volle Unterstützung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) – des Rahmens für die westdeutsche Wiederbewaffnung und der französisch-deutschen Verständigung – wie auch der Westintegration der Bundesrepublik Deutschland.

In diesen gegensätzlichen Impulsen spiegelte sich – in den Worten von Blanche Wiesen Cook – Eisenhowers „geteilte Strategie", die sowohl „Frieden wie auch politische Kriegführung" im Auge hatte, „Entspannung wie Propaganda"[1]. Das zeigte sich 1953 und 1954 vor allem in den amerikanischen Beziehungen zu Deutschland, während einer Periode also, in der die deutsche Frage als besonders dringlich empfunden wurde, und zwar primär im Zusammenhang mit vier Ereignissen: Stalins Tod, dem Aufstand in Ostdeutschland, der westdeutschen Bundestagswahl und der Berliner Deutschlandkonferenz. Indem sie sich auf die Rolle C.D. Jacksons konzentriert, will die folgende Untersuchung das Verhältnis zwischen den offensiven und

[1] Blanche Wiesen Cook, First Comes the Lie. C.D. Jackson und Political Warfare, in: Radical History Review, Dezember 1984, S. 43.

VfZ 46 (1998)
© Oldenbourg 1998

Jahrgang 46 (1998), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

den defensiven Elementen der Strategie, die von der Eisenhower-Administration im Kalten Krieg verfolgt wurde, genauer bestimmen. Im deutschen Kontext wird sich zeigen, daß die wachsende Spannung zwischen jenen Elementen die neue Administration im Jahr 1953 schließlich dazu zwang, sich auf Kosten der Befreiungs-Doktrin fester an die Containment-Politik zu binden.

Jackson personifizierte in vieler Hinsicht das Grundproblem von Eisenhowers geteilter Strategie: Sie drohte die Sowjetunion zu provozieren und beschwor zugleich eine Entfremdung der westeuropäischen Verbündeten herauf. Jackson und Angehörige des „Psychological Strategy Board" (PSB) – der Stelle, die für die Koordinierung der amerikanischen Propaganda im Kalten Krieg zuständig war – suchten eine spezifisch amerikanische Außenpolitik zu entwickeln, die mit der Befreiungsrhetorik vereinbar und von westeuropäischer Zustimmung unabhängig sein sollte. Im Gegensatz dazu spielte Dulles – unterstützt von seinen Mitarbeitern im State Department – die Bedeutung der psychologischen Kriegführung gewöhnlich herunter und widersetzte sich einem einseitigen politischen Vorgehen der USA in Europa. Zu diesem Dilemma kam erschwerend hinzu, daß Eisenhower mit beiden Seiten sympathisierte. Allerdings: Obwohl er sehr dazu neigte, die Operationen der psychologischen Kriegführung auszuweiten, ließ er am Ende doch nicht zu, daß sie die Außenpolitik der Vereinigten Staaten bestimmten[2].

Der „Chef des Kalten Krieges", wie der kommunistische Propaganda-Apparat in der Tschechoslowakei C.D. Jackson nannte[3], war kein Neuling in der psychologischen Kriegführung. Während des Zweiten Weltkrieges hatte er unter Eisenhower als stellvertretender Leiter der Abteilung für psychologische Kriegführung im Hauptquartier der alliierten Luftwaffe in Nordafrika gedient, dann in gleicher Funktion in der Psychological Warfare Division von SHAEF (Supreme Headquarters, Allied Expeditionary Force) in England. In den Anfängen des Kalten Krieges, 1946 und 1947, richtete er sein Augenmerk auf Osteuropa. 1949 gehörte er zu den Gründern von Radio Freies Europa (RFE), und 1951/52 amtierte er als Präsident der Organisation, die als Sponsor von RFE fungierte, des Nationalkomitees für ein freies Europa[4], einer dem Anschein nach privaten und unabhängigen, tatsächlich aber von der CIA ins Leben gerufenen und kontrollierten Einrichtung[5]. Nachdem er während Eisenhowers Wahlkampagne als Redenschreiber gearbeitet hatte, trat er für ein Jahr in die neue Administration ein, wo er beharrlich für eine dynamischere amerikanische Außenpolitik gegenüber der Sowjetunion eintrat. Trotz seiner umstrittenen An-

[2] Dwight D. Eisenhower an John Foster Dulles, 24.10. 1953, in: Dwight D. Eisenhower Library, Abilene, Kansas (künftig: DDEL), Ann Whitman File, Dulles-Herter Series, folder: November 1953, box 1; vgl. auch Eisenhower Diary, 27.7. 1954, in: DDEL, Ann Whitman File, DDE Diary Series, folder: Jan.–Nov. 1954 (1), box 3.

[3] Radio Prag, 20.1. 1954, Mitschrift in: DDEL, White House General File, Official File, folder: 182, Germany Government, and Embassy, 1954, box 864.

[4] Ein chronologischer Abriß der Karriere Jacksons in: DDEL, C.D. Jackson Papers, 1934–1967.

[5] Vgl. H.W. Brands, Cold Warriors. Eisenhower's Generation and American Foreign Policy, New York 1988, S. 119.

Jahrgang 46 (1998), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schauungen unterhielt Jackson stets ein enges Verhältnis sowohl zu Eisenhower wie zu Dulles[6].

Die Wissenschaft hat Jackson nicht viel Aufmerksamkeit geschenkt, doch sind immerhin einige höchst unterschiedliche Urteile über seine politische Rolle und über seinen Einfluß auf den amerikanischen Kurs im Kalten Krieg gefällt worden[7]. Cook spricht ihm große Bedeutung zu, bezeichnet ihn sogar als den „Chefarchitekten der psychologischen Kriegführung Amerikas im und nach dem Zweiten Weltkrieg"[8]. In ihren Augen haben Jacksons Projekte für politische Kriegführung in den fünfziger Jahren zur Militarisierung der amerikanischen Strategie im Kalten Krieg beigetragen und eine Erbschaft hinterlassen, die noch eine spätere Generation amerikanischer Politiker, vor allem in den achtziger Jahren, erheblich beeinflußte und zur Legitimierung verdeckter Operationen diente[9]. H. W. Brands hingegen sieht Jackson mehr als einen „bürokratischen Anstifter" und macht darauf aufmerksam, daß viele seiner Pläne für politische Kriegführung abgelehnt wurden[10]. Walt W. Rostow – ein enger Freund Jacksons – bietet eine weit positivere Einschätzung des Beitrags, den Jackson zur amerikanischen Politik im Kalten Krieg geleistet habe; vor allem sei er nach Stalins Tod für eine Beilegung der Differenzen mit der Sowjetunion und für die Wiedervereinigung Deutschlands eingetreten[11]. Zwar nicht ohne schwache Punkte, enthalten doch alle drei Interpretationen Elemente der Wahrheit. Tatsächlich hat Jackson in der Eisenhower-Administration mehrere und durchaus widersprüchliche Funktionen gehabt: Kalter Krieger, bürokratischer Anstifter und sogar Anwalt der Entspannung. Cook kommt dem, was Jackson repräsentierte – nämlich das offensive Denken in der amerikanischen Strategie während des Kalten Krieges –, am nächsten, wenn sie auch Jacksons Rolle in der Geschichte der amerikanischen Propaganda und der verdeckten Operationen zu groß einschätzt, auf Kosten ebenso einflußreicher Personen wie William Jackson, Frank Wisner, Walter Bedell Smith und Allen Dulles. Brands wiederum unterschätzt Jacksons Einfluß in der Eisenhower-Administration. Im Jahr 1953 hatte er erheblichen Anteil an der internen Debatte über den außenpolitischen Kurs der Administration, an der globalen Ausweitung ihrer propagandistischen Aktivitäten, an den amerikanischen Anstrengungen zur Unterstützung Konrad Adenauers in den Wahlen zum westdeutschen Bundestag und an der Entwicklung der amerikanischen Reaktion auf den Aufstand in der DDR. Rostow schließlich hebt Jacksons Streben nach Entspannung zu sehr und seine Pläne für die psychologische Kriegführung zu wenig hervor. Jackson hat in der Tat mit missionarischem Eifer nach dem

[6] Vgl. Walt W. Rostow, Europe after Stalin. Eisenhower's Three Decisions of March 11, 1953, Austin 1982, S. 76f.

[7] Vgl. Blanche W. Cook, The Declassified Eisenhower. A Divided Legacy of Peace and Political Warfare, New York 1981, S. 120–134; dies., First Comes the Lie, S. 42–70; dazu das Kapitel über Jackson bei Brands, Cold Warriors, S. 117–137.

[8] Cook, First Comes the Lie, S. 44.

[9] Ebenda.

[10] Brands, Cold Warriors, S. 117.

[11] Vgl. Rostow, Europe after Stalin, S. 44.

Jahrgang 46 (1998), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Sieg im Kalten Krieg getrachtet, um „den Dritten Weltkrieg zu gewinnen, ohne ihn führen zu müssen", wie er das in seiner kecken Sprache ausdrückte, die in scharfem Kontrast zu den Formulierungen der, wie er sie nannte, „Herrschaften in den gestreiften Hosen" stand, der US-Diplomaten[12].

I.

Es war John Foster Dulles, der dem Begriff „Befreiung" 1952 während der Kampagne für die Präsidentschaftswahlen zur Popularität verhalf, aber die Doktrin selbst ist im PSB, in der CIA und im Nationalkomitee für ein freies Europa schon einige Zeit zuvor diskutiert worden. C.D.Jackson zählte zu den frühen Befürwortern der „Befreiung", ständig auf einen Plan aus, den Sowjets im Kalten Krieg „die Initiative zu entreißen". Doch trotz ihrer republikanischen Konnexionen hatten sich weder Jackson noch Dulles gescheut, verschiedentlich für die demokratische Truman-Administration tätig zu werden. Als Leiter des Nationalkomitees für ein freies Europa war Jackson tief in die Aktionen der amerikanischen psychologischen Kriegführung in Osteuropa verwickelt, wobei er eng mit dem Direktor der CIA, Walter Bedell Smith, und dessen Stellvertreter Allen Dulles zusammenarbeitete. Die Hauptaufgabe des Nationalkomitees bestand ja darin, mit seinen Propaganda-Einrichtungen, etwa Radio Freies Europa, die Sache antikommunistischer Exilanten aus Osteuropa zu unterstützen und dort die kommunistischen Regime zu unterminieren. Auch Dulles hatte sich schon früher für eine von beiden Parteien getragene Außenpolitik eingesetzt, wie er mit seiner Bereitschaft bewies, an den Verhandlungen über den Friedensvertrag mit Japan teilzunehmen. Tatsächlich hatte er sich hinter alle wichtigeren außenpolitischen Entscheidungen der Truman-Administration gestellt, auch hinter die Entscheidung zur Wiederbewaffnung der Bundesrepublik Deutschland und zur Schaffung der EVG[13]. Indes sammelte sich bis 1952 sowohl bei Dulles wie bei Jackson Unzufriedenheit mit der Strategie Trumans im Kalten Krieg an. Im Wahlkampf um die Präsidentschaft propagierten beide „Befreiung" als politische Alternative zu Containment. Dulles warf der Regierung Truman vor, nicht auf die politischen Aspirationen der Osteuropäer einzugehen, und erklärte – in einem berühmten Aufsatz, der 1952 in „Life" erschien –, daß „es lange Zeit nicht zu einer Befreiung vom Moskauer Joch kommen wird [...], es sei denn, die USA tun öffentlich kund, daß sie diese Befreiung Realität werden lassen wollen"[14]. Es

[12] C.D.Jackson an Eisenhower, 21.9.1953, in: DDEL, C.D.Jackson Papers, Time Inc. File, folder: Eisenhower, Dwight D.Corresp. thru 1956 (2), box 21.

[13] Vgl. Ronald W.Preussen, John Foster Dulles. The Road to Power, New York 1982, S.344; Rolf Steininger, John Foster Dulles, the European Defense Community and the German Question, in: Richard Immerman (Hrsg.), John Foster Dulles and the Diplomacy of the Cold War, Princeton 1990, S.80.

[14] John Foster Dulles, A New Foreign Policy, in: Life, 19.5.1952. Zu Dulles Befreiungskonzept vgl. Detlef Felken, Dulles und Deutschland. Die amerikanische Deutschlandpolitik 1953–1959, Bonn/

Jahrgang 46 (1998), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

fiel Jackson zu, das neue Evangelium der außenpolitischen Elite der Vereinigten Staaten zu predigen. Schon im Frühjahr 1952 war er einer der Sponsoren einer Konferenz über psychologische Kriegführung in Princeton[15], einer geheimen Zusammenkunft von 28 auserlesenen Angehörigen des State Department, der CIA, von Radio Freies Europa und des Center for International Studies (CENIS) im Massachusetts Institute of Technology (MIT)[16], deren Ziel darin bestand, „einige der besten Denker" in der Regierung zusammenzubringen, damit sie die amerikanische Strategie im Kalten Krieg erörtern und eine „Planskizze" für den Präsidenten entwerfen konnten[17]. Jackson wollte einen neuen „Ton von Amerika aus anschlagen, der durch die freie Welt hallen und hinter dem [Eisernen] Vorhang ein Echo finden wird". Er wollte einen „vollständigen Wandel der USA, derzeit in der Defensive, furchtsam, sich im eigenen Materialismus suhlend [. . .], nicht ohne Obertöne einer weltweiten Angst, die USA könnten kriegerisch werden und die Welt in einen Atomkrieg stürzen"[18].

Die Mehrheit der Teilnehmer an der Princeton-Konferenz billigte einen Plan, der sich weitgehend mit den Ideen Jacksons deckte. So hieß es, die Vereinigten Staaten könnten den Dritten Weltkrieg gewinnen, ohne zu den Waffen zu greifen, und müßten die Containment-Doktrin durch „eine dynamischere und positivere Politik der endlichen Befreiung" Osteuropas ersetzen. Kernstück des Plans war die Vorstellung, daß politische Kriegführung Bestandteil der amerikanischen Außenpolitik und nicht davon separiert sein sollte[19]. Wie nicht anders zu erwarten, fanden einige Teilnehmer keinen Geschmack an diesem offensiven Denken. Vertreter des State Department, so der Rußlandexperte Charles Bohlen, befürchteten, der Plan werde die USA zu einem Kreuzzug verpflichten, den zu führen sie schließlich doch nicht bereit seien[20]. In der Tat blieb die Befreiungsparole nahezu ohne Konkretisierung: Da weder Dulles[21] noch Jackson[22] für die Anwendung von Gewalt bei der Befreiung Osteuropas eintraten, scheinen sie vor allem daran gedacht zu haben, die innere Opposition gegen die

Berlin 1993, S. 96–103; Manfred Görtemaker, John Foster Dulles und die Neuorientierung der amerikanischen Deutschland- und Europapolitik 1952/53, in: Amerikastudien 39 (1994), S. 111–136; Michael A. Guhin, John Foster Dulles. A Statesman and His Times, New York 1972, S. 170–180; John Lewis Gaddis, The Long Peace. Inquiries into the History of the Cold War, New York/Oxford 1987, S. 174–177.

15 Aufzeichnungen des Treffens Frank Altschul, C. D. Jackson, Allen Dulles, 28. 4. 1952, in: DDEL, C. D. Jackson Papers, Time Inc. File, folder: Princeton Meeting, 10./11. 5. 1952, box 69.

16 CENIS wurde sowohl aus privaten wie aus öffentlichen Mitteln finanziert. Seitens der Regierung war die CIA die Hauptquelle. Vgl. Rostow, Europe after Stalin, S. 35.

17 Abbott Washburn an Eisenhower, o. D. (1952), in: DDEL, C. D. Jackson Papers, Time Inc. File, folder: Princeton Meeting, 10./11. 5. 1952, box 65.

18 Wie Anm. 15.

19 Ebenda.

20 Rostow, Europe after Stalin, S. 40.

21 Vgl. Görtemaker, John Foster Dulles, S. 119.

22 Jackson an Eisenhower, 21. 9. 1953, in: DDEL, C. D. Jackson Papers, Time Inc. File, folder: Eisenhower, Dwight D. Corresp. thru 1956 (2), box 21.

Jahrgang 46 (1998), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

kommunistischen Regime in Osteuropa durch Propaganda und verdeckte Operationen der psychologischen Kriegführung zu stärken, ohne dabei blutige Aufstände oder einen Krieg zu verursachen. Was sie dabei vermissen ließen, war jedes Gefühl für die mit einer solchen Politik verbundenen Schwierigkeiten, für die Frage, ob die Vereinigten Staaten im Falle einer politischen Krise in Osteuropa tatsächlich zu einem derart prekären Balanceakt imstande seien.

Die Versuche einiger Historiker, Eisenhowers anfängliche Hinneigung zur Befreiungs-Doktrin herunterzuspielen, können nicht überzeugen[23]. Vor der Princeton-Konferenz erhielt Jackson von Eisenhower volle „Zustimmung zu Ihrem Bemühen, unsere Penetration des Eisernen Vorhangs zu verbessern"[24]. Es ist richtig, daß Eisenhower darauf bestand, die Befreiung dürfe nicht gewaltsam erreicht werden, und er verpaßte Dulles eine scharfe Rüge, weil dieser in einer Rede zum Thema das Wort „friedlich" ausgelassen hatte[25]. Aber er war sehr wohl dafür, gegen die Sowjets in die politische Offensive zu gehen[26]. Eisenhowers öffentliche Festlegung auf die Befreiungs-Doktrin hat sogar viele Westeuropäer dazu gebracht, seine Kandidatur für die Präsidentschaft in einem neuen Lichte zu sehen. In den frühen Stadien der Wahlkampagne hat die westeuropäische Presse – einschließlich der westdeutschen – eindeutig für Eisenhower Partei ergriffen; als Kriegsheld und NATO-Oberbefehlshaber genoß er weithin großen Respekt, und der demokratische Kandidat, Adlai Stevenson, war im Ausland praktisch unbekannt. Aber nach seiner Rede zur Außenpolitik, die er Ende August 1952 auf dem Konvent der American Legion hielt – einer scharf antikommunistischen Rede[27], in der er die „Befreiung" Osteuropas forderte[28] –, nahm Eisenhowers Popularität in der Bundesrepublik Deutschland und etlichen anderen westeuropäischen Staaten merklich ab. Eisenhower erkannte, daß er mit der Befreiungsrhetorik zu weit gegangen war, und abgesehen von einer Rede im Oktober, die Jackson geschrieben hatte, kam er im weiteren Verlauf der Wahlkampagne nicht mehr auf das Thema zurück[29].

---

[23] Vgl. zum Beispiel Stephen Ambrose, Eisenhower. Soldier, General of the Army, President-Elect, 1890–1952, New York 1983, S. 547, und Robert Divine, Eisenhower and the Cold War, Oxford/Toronto/New York/Melbourne 1981, S. 15–17.

[24] Eisenhower an Jackson, 8.5. 1952, in: DDEL, C.D. Jackson Papers, Time Inc. File, folder: Princeton Meeting, 10./11.5. 1952, box 65.

[25] Divine, Eisenhower and the Cold War, S. 16.

[26] Eisenhower an Jackson, 10.5. 1952 (wie Anm. 24).

[27] The New York Times, 25.8. 1952.

[28] Vgl. den Bericht „Foreign Press Reactions to U.S. Presidential Campaign", o.D., in: Truman Presidential Library, Independence, Missouri, President's Secretary's File, Political Campaign Material, folder: Miscellaneous Material Relating to 1952 election and aftermath, box 277. Zur deutschen Reaktion vgl. General-Anzeiger, 30.8. 1952.

[29] Divine, Eisenhower and the Cold War, S. 16.

Jahrgang 46 (1998), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

II.

Als Eisenhower im Januar 1953 sein Amt antrat, war mithin unklar, ob er versuchen werde, die republikanische Wahlkampfrhetorik in politisches Handeln zu übersetzen. Der Präsident selbst hielt das Unbehagen, mit dem man in Westeuropa da und dort seiner Administration entgegensah, für unangebracht, schließlich beweise seine bisherige Haltung in der Frage der deutschen Wiederbewaffnung und der europäischen Integration deutlich genug, daß er ohne wenn und aber auf amerikanisch-europäische Zusammenarbeit eingeschworen sei[30]. Für ihn traf das ja auch durchaus zu, aber während des Wahlkampfs hatten andere prominente Republikaner erhebliche Zweifel an ihrer Unterstützung einer „Europe-First"-Politik geweckt. Adenauer hatte bereits die westdeutschen Wahlen von Juni auf September 1953 verschoben, da er befürchtete, eine Verzögerung der Ratifizierung des EVG-Vertrags durch andere Länder werde seine Wahlchancen gefährden[31].

Eisenhowers Entschluß, Dulles und Harold Stassen, den Direktor der Mutual Security Agency, Ende Januar 1953 nach Europa zu schicken, entsprang seinem Wunsch, Westeuropa zu versichern, daß er sich für die militärische und politische Integration Europas einsetzen werde[32]. In Bonn bestand Dulles' Hauptaufgabe darin, auf die EVG-Ratifizierung zu dringen, jedoch kam er in Unterhaltungen mit dem Bundeskanzler und Bundespräsident Theodor Heuss auch auf die Befreiungs-Doktrin zu sprechen[33]. Dabei war er darauf bedacht, den friedlichen Charakter der Doktrin hervorzuheben: „Ihre Brüder und Schwestern verdienen das Schicksal nicht, das ihnen auferlegt ist. Es muß ein Weg gefunden werden, sie von diesem Schicksal zu befreien und – durch friedliche Mittel – ihre Wiedervereinigung mit ihren Brüdern im Westen zu erreichen."[34] Manches deutet darauf hin, daß auch Adenauer[35] die Befreiungsrhetorik mit Skepsis aufgenommen hat[36], indes äußerte er nie, nachdem er entgegen einem europäischen Trend den republikanischen Sieg begrüßt hatte, öffentlich Opposition. Und wenn er auch seine Reaktion auf Dulles' Darlegung nicht

[30] Bericht „West German Political Weekly", 26.1. 1953, in: National Archives, Washington, D.C. (künftig: NA), Record Group (künftig: RG) 59, 762A.00/1-2253, box 3860.

[31] Walter Donnelly an Dean Acheson, 19.11. 1952, in: Ebenda, 762A.00/11-1952, Department of State Records, box 3860.

[32] Eisenhower an Alfred Gruenther, 24.12. 1952, in: DDEL, folder: Alfred Gruenther 1952–1953 (4), box 16.

[33] Aufzeichnung des Gesprächs Adenauer – Dulles, 5.2. 1953, in: Bundesarchiv Koblenz (künftig: BA Koblenz), Nachlaß Herbert Blankenhorn, 351/18a.

[34] Aufzeichnung des Gesprächs Heuss – Dulles, 5.2. 1953, in: BA Koblenz, Akte: Bundespräsidialamt, Amtszeit Prof. Dr. Theodor Heuss, B-122, box 491.

[35] Verschiedentlich wird die Auffassung vertreten, Adenauer habe die Befreiungs-Doktrin nicht ganz verstanden. Vgl. Hans-Jürgen Grabbe, Konrad Adenauer, John Foster Dulles and West German-American Relations, in: Immerman, Dulles and the Cold War, S. 110.

[36] Adenauer, Teegespräche 1950–1954, bearb. von Hanns Jürgen Küsters, hrsg. von Rudolf Morsey und Hans-Peter Schwarz, Berlin 1984, S. 328f.

Jahrgang 46 (1998), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

kundtat, so ist es doch zweifelhaft, daß er die Worte des Außenministers in seinen Memoiren hervorgehoben hätte, wäre er ihnen entgegengetreten[37].

Die Eisenhower-Administration sollte, wie sich dann herausstellte, viel größeres Gewicht auf die Integration Westdeutschlands in die westliche Allianz legen als auf die deutsche Wiedervereinigung. Anfänglich aber erweckte sie den Eindruck, von der Containment-Politik der Truman-Administration abgehen zu wollen, und zwar in Bereichen, die von unmittelbarer Bedeutung für ihre Deutschlandpolitik sein mußten. Zum einen machte Eisenhower sein Versprechen wahr, die amerikanischen Propagandaeinrichtungen im Ausland – Deutschland eingeschlossen – umzukrempeln. Der PSB hatte seit seiner Gründung im Jahre 1951 unter einem Mangel an Autorität und unter institutionellen Konflikten gelitten. Allenthalben herrschte das Gefühl, daß er – zusammen mit der „Stimme Amerikas" und der International Information Administration (IIA) – der sowjetischen Propaganda nicht effektiv genug entgegenwirke; während der Truman-Ära hatte das die republikanische Kritik an der amerikanischen Propaganda im Kalten Krieg wieder und wieder behauptet. Eisenhower handelte nach der Empfehlung der Princeton-Konferenz, indem er das gerade gegründete Jackson-Komitee damit beauftragte, die amerikanische Strategie im Kalten Krieg zu überprüfen und Wege zu ihrer Verbesserung zu finden. Fünf Mitglieder des Komitees waren in und nach dem Zweiten Weltkrieg bereits in der psychologischen Kriegführung aktiv gewesen: sein Vorsitzender William Jackson, C. D. Jackson, Gordon Gray, Abbott Washburn und John C. Hughes[38]. Mit Ausnahme Grays hatten alle an der Princeton-Konferenz teilgenommen.

Die Eisenhower-Administration begann auch konkrete Pläne zur Verwirklichung ihrer Befreiungs-Doktrin zu entwickeln, so für die Schaffung des Freiwilligen Freiheitskorps (VFC = Volunteer Freedom Corps)[39]. Dieses streng geheime Vorhaben hatte eine doppelte Funktion: Auf der einen Seite war es ein Propagandamanöver und dazu bestimmt, potentielle Überläufer in Osteuropa und der Sowjetunion zu ermutigen; andererseits sollte es die militärische Kraft des Westens im Kalten Krieg stärken. Die psychologischen Aspekte des Plans sind gewiß stets wichtiger genommen worden als die militärischen, aber so glühende Verfechter des VFC wie C. D. Jackson und Henry Cabot Lodge[40], der amerikanische Botschafter bei den Vereinten Nationen, haben zur Rechtfertigung des Projekts stets die doppelte Begründung benutzt.

---

[37] Konrad Adenauer, Erinnerungen 1945–1953, Bd. I, Stuttgart 1965, S. 558.

[38] Eisenhower an James Ley, 24. 1. 1953, in: Foreign Relations of the United States (künftig: FRUS) 1952–1954, Bd. 2, Teil 2, Washington 1984, S. 1867.

[39] Ein Teil der Dokumente zum Freiwilligen Freiheitskorps ist inzwischen deklassifiziert worden. Noch wurde das Projekt nicht im Detail wissenschaftlich analysiert. Vgl. aber Felken, Dulles und Deutschland, S. 131; James Hershberg, Harvard to Hiroshima. James B. Conant and the Making of the Nuclear Age, New York 1993, S. 661; Josef Foschepoth, Churchill, Adenauer und die Neutralisierung Deutschlands, in: Deutschland Archiv (künftig: DA) 17 (1984), S. 1294.

[40] Eisenhower Diary, 7. 1. 1953, in: DDEL, Ann Whitman File, DDE Diary Series, folder: DDE Diary Dec. 52-July 53 (4).

Jahrgang 46 (1998), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Der Gedanke, ein VFC zu schaffen, war nicht neu. Der Kersten-Zusatz zum Mutual Security Act von 1951 ermächtigte den Präsidenten, mit 100 Millionen Dollar aus dem für das militärische Hilfsprogramm in Europa bestimmten Fonds sowjetische und osteuropäische Flüchtlinge in „Elemente der zur Unterstützung der NATO oder für andere Zwecke vorgesehenen militärischen Einheiten" einzugliedern. Dahinter stand auch die Ansicht, daß in Europa stärkere Kräfte erforderlich seien, Hauptziel war aber die Unterstützung osteuropäischer Oppositionsgruppen. Der Plan fand gewiß den Beifall von Osteuropäern in Westeuropa und den Vereinigten Staaten, wies aber erhebliche Mängel auf. Wie das State Department schon damals argumentierte, befand er sich im Gegensatz zur defensiven Aufgabe der NATO: Die politischen Führer Westeuropas konnten kaum nationale militärische Einheiten akzeptieren, die sich aus Osteuropäern zusammensetzten und einerseits eindeutig an die NATO angebunden waren, andererseits jedoch „dem politischen Zweck dienten, sich an der ‚Befreiung' ihrer Heimatländer zu beteiligen". Das Verteidigungsministerium wiederum äußerte Zweifel daran, daß genügend Überläufer für einen nennenswerten militärischen Beitrag zur Verfügung stünden. Die Befürworter des Vorschlags erklärten dagegen, das VFC dürfe nicht abgetan werden, weil es ihm an militärischem Wert fehle, es stehe oder falle vielmehr mit der bestmöglichen Einschätzung seiner psychologischen Wirkungen im Kalten Krieg[41].

Schließlich war es Eisenhower selbst, der den VFC-Vorschlag im Februar 1953 in einem Schreiben an den Nationalen Sicherheitsrat machte und damit bekräftigte, daß er hinter dem Konzept der psychologischen Kriegführung stehe. Das Grundprinzip war unverändert geblieben: „einen Kader ausgebildeten Personals [bereitzustellen], um im Kriegsfall jede größere Gruppe von Überläufern aus dem sowjetischen Bereich organisieren, kontrollieren und zum Vorteil der USA nutzen zu können"[42]. Das Korps sollte in Westdeutschland ausgebildet und stationiert werden. Ethnische Deutsche aus Osteuropa mußten jedoch ausgenommen werden, da die Bundesrepublik sie als westdeutsche Staatsbürger betrachtete und der Bonner Bundestag die Rekrutierung von Deutschen für den Dienst in nichtdeutschen Streitkräften zum strafbaren Delikt erklärt hatte. Eine westdeutsche Beteiligung hätte auch dem politischen Grundsatz der USA widersprochen, die westdeutsche Wiederbewaffnung im Rahmen der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft zu unterstützen[43].

Dulles und das State Department widersetzten sich dem VFC-Plan zwar nicht, hegten aber die Befürchtung, daß er die amerikanischen Beziehungen zu Westeuropa

[41] Bericht von Townsend Hoopes „The Role of the Defense Department in the Cold War", in: DDEL, Jackson Committee Records, folder: J[ackson] C[ommittee], [Numbered Documents] (2), box 11.

[42] Report to the National Security Council on the Activation of a Volunteer Freedom Corps, 14.6. 1955, in: DDEL, White House Office, NSC Staff Papers, OCB Secretariat, folder: Volunteer Freedom Corps (NSC 143/2), box 8.

[43] Vgl. Memorandum „Department of State Comments on Volunteer Freedom Corps", Charles B. Marshall an Willis D. Crittenberger, 13.4. 1953, in: DDEL, C.D. Jackson Records, folder: VFC, Corresp. re., box 6.

Jahrgang 46 (1998), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

stören könne. Als Hauptproblem galt die Rekrutierung von Osteuropäern in Staaten, die, wie vor allem Frankreich, auf sowjetische Interessen und Besorgnisse sensitiv reagierten. Eisenhower fand dieses Argument jedoch nicht überzeugend, da ihm nicht einleuchtete, warum die USA auf eine eigenständige Politik verzichten sollten. Die Franzosen hatten schließlich Deutsche für die Fremdenlegion rekrutiert, und Eisenhower meinte, „daß die Vereinigten Staaten von der Aufnahme etlicher guter Bürger profitieren würden, wenn die Personen, die das Korps bilden, mit den Immigrationsquoten ihrer Herkunftsländer verrechnet werden könnten"[44]. Jackson nahm enthusiastisch für Eisenhowers Auffassung Stellung, und der Nationale Sicherheitsrat stimmte – trotz Dulles' Vorbehalten – dem Vorschlag im Prinzip zu; ein ad hoc gebildeter Ausschuß sollte Empfehlungen für die Realisierung erarbeiten[45].

III.

Im Frühjahr 1953 wurde freilich immer klarer, daß die Eisenhower-Administration den Versuch machte, beides gleichzeitig zu tun: sowohl die EVG wie das VFC ins Leben zu rufen, also sowohl die amerikanische Strategie im Kalten Krieg mit den europäischen Verbündeten zu koordinieren wie zugleich einseitig und ohne Konsultation der Bündnispartner zu handeln. Gerade während dieser Periode der Unsicherheit sah sich die neue Administration ihrer ersten größeren außenpolitischen Erprobung konfrontiert, dem Tod Stalins am 5. März. Unter den Gesichtspunkten der psychologischen Kriegführung kam die Krise ungelegen. Das Jackson-Komitee stand mitten in der Überprüfung des amerikanischen Instrumentariums für den Kalten Krieg, und der antikommunistische Feldzug der republikanischen Rechten, angeführt von Senator Joseph McCarthy, beschädigte das Ansehen der Eisenhower-Administration in Westeuropa, einschließlich der Bundesrepublik Deutschland[46]. Statt nun – zum Beispiel – mit Vorschlägen zur deutschen Wiedervereinigung hervorzutreten oder – um mit der Befreiungsrhetorik in Einklang zu bleiben – die sowjetischen Völker zum Widerstand gegen die neue kommunistische Führung aufzurufen, reagierte daher die amerikanische Regierung auf Stalins Tod mit Passivität. Wie Adenauer, so glaubten auch Eisenhower und Dulles, daß dies nicht der rechte Moment sei, außenpolitische Schwenks vorzunehmen und damit womöglich das EVG-Projekt zu gefährden.

Daß Washington und Bonn auf den Machtwechsel in Moskau so wenig flexibel reagierten, hat Historiker wie Richard Löwenthal und Rolf Steininger dazu geführt, dem Westen eine weitere „verpaßte Gelegenheit" zur Lösung der deutschen Frage

[44] Aufzeichung der Diskussion, 25.2. 1953, in: DDEL, Ann Whitman File, NSC Series, folder: 134th Meeting of the NSC, 1953, box 4.

[45] Ebenda.

[46] Vgl. Valur Ingimundarson, East Germany, West Germany, and U.S. Cold War Strategy 1950–1954, Diss. Columbia University 1993, S. 242–274.

Jahrgang 46 (1998), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

vorzuwerfen (nach der verfehlten Behandlung von Stalins Märznote im Vorjahr)[47]. Nun haben die Sowjets im Frühjahr 1953 gewiß keine neuen konkreten Vorschläge zur deutschen Wiedervereinigung präsentiert, doch hat sich die westliche Diplomatie zu dieser Zeit in der Tat starr gezeigt und damit den Sowjets die Eröffnung ihrer Friedensoffensive erleichtert. Die offizielle amerikanische Reaktion verdeckte jedoch, daß damals innerhalb der Eisenhower-Administration heftig darüber diskutiert wurde, ob die Vereinigten Staaten eine Deutschlandkonferenz der vier Besatzungsmächte vorschlagen sollten[48].

In dieser Debatte fochten Dulles und das State Department gegen Jackson und einige Mitarbeiter des PSB. Die Konfrontation zeigte erstmals, daß Dulles die Befreiungs-Doktrin nicht forcieren wollte. Jackson hingegen verstand die Nachrichten von Stalins ernster Erkrankung, am 4. März, und von möglichen Veränderungen in der sowjetischen Führung als einen Augenblick der Wahrheit: Jetzt sei den Vereinigten Staaten die lang erwartete Gelegenheit beschert worden, im Kalten Krieg „die Initiative zu ergreifen". Alarmiert durch den Mangel an amerikanischer Vorbereitung auf den Machtwechsel in der Sowjetunion – und die Pläne des PSB für Stalins Tod als wertlos verwerfend –, machte sich Jackson daran, seine eigenen Ideen zu formulieren. Er war überzeugt davon, daß „nun die Möglichkeiten der Sowjets für den Beginn des Dritten Weltkriegs praktisch auf Null gesunken sind und in den niedrigen Zahlen bleiben werden, solange die Konfusion anhält". Daher müsse, so empfahl er, eine Kampfgruppe gebildet werden, um „die Konfusion so lange wie möglich am Leben zu halten und so lange wie möglich jede neue Kristallisierung zu verhindern". Das Resultat könne sehr wohl „die Desintegration des sowjetischen Imperiums" sein[49]. Der erste Schritt in einer „psychologischen Offensive" zur Ausnutzung von Stalins Krankheit habe in einem direkten Appell des Präsidenten an die Bevölkerung der Sowjetunion zu bestehen. Eisenhower stellte sich hinter diesen Gedanken; er betonte dabei, daß eine solche Erklärung als psychologischer und nicht als diplomatischer Schritt anzusehen sei: „Der Moment ist günstig, das rechte Wort direkt in die Sowjetunion zu bringen [...] den Eisernen Vorhang zu penetrieren."[50]

Dulles hingegen hatte Vorbehalte gegen jede Erklärung. Offenbar mit Bezug auf die Befreiungs-Doktrin meinte er, Jacksons Entwurf könne als Appell an die sowjetischen Völker verstanden werden, sich gegen die neue Führung zu erheben, und das in einer Zeit der Trauer beziehungsweise in einer Zeit, in der die Bevölkerung der So-

[47] So Richard Löwenthal in seiner Einführung zu Arnulf Baring, Der 17. Juni 1953, Stuttgart 1983, S. 16, und Rolf Steininger, The German Question. The Stalin Note of 1952 and the Problem of Reunification, New York 1990, S. 111 f.

[48] Harold Stassen/Marshall Houts, Eisenhower. Turning the World Toward Peace, St. Paul (MN) 1990, S. 153–174.

[49] Jackson an Robert Cutler, 4.3. 1953, in: DDEL, Ann Whitman File, Administration Series, folder: Psychological Warfare, box 29.

[50] Aufzeichnung der Diskussion, 5.3. 1953, in: DDEL, Ann Whitman File, NSC Series, folder: 135th Meeting of the NSC, 1953, box 4.

Jahrgang 46 (1998), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

wjetunion stärkere Gefühle der Verehrung für Stalin als je zuvor hegen müsse. Eisenhower lehnte es zwar ab, auf die Erklärung ganz zu verzichten, stimmte jedoch einer Änderung des Textes zu, die Dulles' Bedenken Rechnung tragen sollte. Der endgültige Wortlaut erwies sich dann als recht zahm – mitnichten der Beginn einer psychologischen Offensive im Sinne Jacksons[51].

Nach diesem Rückschlag erhielt Jackson jedoch eine weitere Chance, seine Ideen zu testen. Am 5. März 1953 beauftragte ihn der Nationale Sicherheitsrat mit der Leitung einer Gruppe, die einen Plan für die psychologische Ausbeutung von Stalins Tod ausarbeiten sollte. Jackson regte eine von Präsident Eisenhower am Tag nach Stalins Beisetzung an die „Regierung und die Völker der Sowjetunion" zu richtende „Botschaft" an. Walt W. Rostow, ein Mitglied von CENIS, der damals in enger Verbindung mit Jackson stand, formulierte einen Entwurf, in dessen Zentrum der Vorschlag stand, eine Viermächte-Konferenz einzuberufen, auf der vor allem vier Themen erörtert werden sollten: die deutsche Wiedervereinigung, die Regelung der koreanischen Probleme, der österreichische Friedensvertrag und die Abrüstung. Im Gegensatz zu Jacksons Planungen für eine psychologische Kriegführung, die zur Unterminierung des sowjetischen Imperiums gedacht waren, schloß Rostows Text die Möglichkeit einer umfassenderen Verständigung mit der Sowjetunion nicht aus. Um dies ganz klar zu machen, behauptete Jackson, der Vorschlag sei sowohl ein ernsthafter diplomatischer Schritt wie ein psychologisches Manöver[52].

Noch bevor Jackson dem Nationalen Sicherheitsrat den Text vorlegte, machten Angehörige des State Department geltend, daß der Vorschlag nicht mit den europäischen Verbündeten abgestimmt sei und daß außerdem Viermächte-Gespräche den Prozeß der europäischen Integration, namentlich die EVG, nur abbremsen könnten. Jackson wandte sich leidenschaftlich gegen ein solches Denken. Er sagte, eine „langwierige vorherige Diskussion mit unseren Bündnispartnern" werde „uns nur dazu bringen, den psychologischen Zeitpunkt zu verpassen, und außerdem die amerikanische Initiative und Führerschaft so weit verwässern, daß die Operation ihren Effekt verlieren muß". In Jacksons Augen war es klar, daß „eine auf langfristiger Planung mit definitiven Zielen beruhende Demonstration alliierter Geschlossenheit, weit davon entfernt, die EVG zu schwächen (mit der es ohnehin bald so und bald anders steht, was immer wir auch tun mögen), viele Zweifel der Europäer beseitigen und die EVG eher beschleunigen als bremsen wird"[53].

Nun war es gewiß naiv anzunehmen, das tief sitzende französische Mißtrauen gegen Deutschland und die französische Skepsis gegenüber der westdeutschen Wiederbewaffnung könnten durch die Aussicht auf ein einziges Treffen mit der sowjetischen Führung ausgeräumt werden[54]. Ebensowenig überzeugend klang Jacksons Behaup-

[51] Ebenda.

[52] Jackson an Dulles, 10.3. 1953, in: DDEL, C.D. Jackson Papers, Time Inc. File, folder: Stalin's Death.

[53] Ebenda.

[54] Vgl. Rostow, Europe after Stalin, S. 79.

Jahrgang 46 (1998), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

tung, EVG und deutsche Wiedervereinigung seien vereinbar, obschon diese Behauptung der amerikanischen Deutschlandpolitik genau entsprach. Die Sowjets hatten schließlich die Opposition gegen die EVG zum Kernstück ihrer Diplomatie und Propaganda in Europa gemacht; die Vorstellung einer westdeutschen Wiederbewaffnung im Rahmen einer eng mit der NATO verbundenen europäischen Armee zu akzeptieren, hätte eine Schwenkung um 180 Grad bedeutet. Indes scheinen Jackson und Rostow in Wirklichkeit etwas ganz anderes im Auge gehabt zu haben, nämlich die Verwendung der EVG als Tauschobjekt: Sollten die Sowjets bereit sein, freie Wahlen in der DDR zuzulassen und ihre Besatzungstruppen abzuziehen, würden die USA darauf verzichten, die Integration eines wiedervereinigten Deutschland in die EVG zu verlangen[55].

Auf der Sitzung des Nationalen Sicherheitsrates am 11. März 1953 wurde der Konflikt zwischen Jackson und Dulles ausgetragen. Dulles erklärte, Viermächte-Verhandlungen über die deutsche Wiedervereinigung bedeuteten derzeit, „den Sturz der französischen, der deutschen und der italienischen Regierung herauszufordern und möglicherweise sogar die Position Mr. Edens in der britischen Regierung unhaltbar zu machen"[56]. Das war eine grobe Übertreibung, jedoch nicht ganz unbegründet. Sollten die Vereinigten Staaten ihre Haltung in der Frage der deutschen Wiedervereinigung plötzlich ändern, mußte das die Stellung Adenauers und de Gasperis in ihren Ländern erschüttern, die beide 1953 vor Wahlen standen und ihr politisches Geschick an die EVG gebunden hatten. Dulles wußte außerdem, daß das britische Foreign Office, insbesondere Anthony Eden, Winston Churchill seine wiederholten Rufe nach Viermächte-Gesprächen verübelten[57].

Da Eisenhower glaubte, die Sowjets würden schon die Besprechung der Tagesordnung einer Viermächte-Konferenz endlos in die Länge ziehen, stellte er sich in der Sitzung des Nationalen Sicherheitsrates eindeutig hinter Dulles. Statt für eine bedeutende diplomatische Initiative optierte daher der Nationale Sicherheitsrat für ein weit bescheideneres Vorgehen. Er wies C. D. Jackson an, eine Rede des Präsidenten zum Tode Stalins zu entwerfen[58]. Dulles sah selbst für eine solche Geste keinen brennenden Grund und warnte vor möglichen Komplikationen bei der EVG-Ratifizierung, aber darauf wenigstens bestand der Präsident. Das State Department war mit Jacksons Entwurf der Rede nicht sehr glücklich, da darin so großes Gewicht auf Osteuropa gelegt war, und für die endgültige Fassung zeichnete dann vor allem Eisen-

[55] Ebenda, S. 44.

[56] Aufzeichnung der Diskussion, 11. 3. 1953, in: DDEL, Ann Whitman File, NSC Series, folder: 136th Meeting of the NSC, 1953, box 4.

[57] Vgl. M. Steven Fish, After Stalin's Death. The Anglo-American Debate Over a New Cold War, in: Diplomatic History 10 (1986), S. 333–355; Martin Gilbert, Churchill. A Life, New York 1991, S. 910–912; Foschepoth, Churchill, Adenauer und die Neutralisierung Deutschlands, S. 1286–1301; Peter G. Boyle (Hrsg.), The Churchill-Eisenhower Correspondence, Chapel Hill/London 1990, S. 30–32, 36–44, 48–58, 67–69.

[58] Aufzeichnung der Diskussion, 11. 3. 1953, in: DDEL, Ann Whitman File, NSC Series, folder: 136th Meeting of the NSC, 1953, box 4.

Jahrgang 46 (1998), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

howers Redenschreiber Emmet Hughes verantwortlich[59]. Am Ende hat Eisenhower die Rede, die eine seiner berühmtesten werden sollte, erst am 16. April gehalten, weil sowohl der Beginn der sowjetischen Friedensoffensive wie Dulles' anhaltende Bedenken im Hinblick auf die Rückwirkungen in Westeuropa für weitere Verzögerungen sorgten[60].

Die Rede selbst – gehalten auf einer Versammlung der „American Society of Newspaper Editors" – blieb im Allgemeinen[61]. Eisenhower betonte die Wichtigkeit der Rüstungskontrolle und erwähnte die Befreiungs-Doktrin mit keinem Wort. Obwohl die Rede keine konkreten Vorschläge bot, wurde sie in Westdeutschland und Westeuropa gut aufgenommen[62], und sogar die sowjetische Führung übte nur milde Kritik[63]. Adenauer war zu dem Absatz über die deutsche Wiedervereinigung konsultiert worden, einem recht banalen Absatz, in dem der Präsident den amerikanischen Wunsch nach der deutschen Einheit in Freiheit zum Ausdruck brachte, ohne zu sagen, auf welchem Wege dieses Ziel erreicht werden solle[64]. Jackson fiel es zu, für die Verbreitung der Rede im Ausland zu sorgen, und er entledigte sich dieser Aufgabe mit gewohntem Eifer; nach einem Bericht hat die Botschaft „praktisch den ganzen Globus erfaßt"[65].

Einer solch gewaltigen Propagandaanstrengung ungeachtet, unterschätzte die Eisenhower-Administration die nach Stalins Tod einsetzende sowjetische Friedensoffensive. Dulles sagte öffentlich, daß sich in der Sowjetunion nichts geändert habe und daß die neuen sowjetischen Führer kein Anzeichen von Kooperationsbereitschaft gezeigt hätten[66]. Die CIA hingegen entdeckte in der sowjetischen Politik bedeutsame Veränderungen, was in der Bereitschaft zum Ausdruck komme, über eine Beilegung des Koreakonflikts zu verhandeln und sowohl über Abrüstung wie über Atomkontrolle zu reden. Tatsächlich machten die Sowjets in kontroversen Fragen wie Korea, Berlin und Türkei etliche versöhnliche Gesten[67]. In einem Brief an Eisen-

---

[59] Vgl. Emmet John Hughes, The Ordeal of Power. A Political Memoir of the Eisenhower Years, New York 1963, S. 102–113; Rostow, Europe after Stalin, S. 51–60.

[60] Dulles an Eisenhower, 6.4. 1953, in: DDEL, John Foster Dulles Papers, Presidential Speech Series, folder: President's Speech, April 1953, box 1. Vgl. auch Rostow, Europe after Stalin, S. 8.

[61] Die Rede z. B. in: Ebenda, S. 113–122.

[62] Bericht „Foreign Radio Reaction to President Eisenhower's Speech of 16 April before the American Society of Newspaper Editors", in: DDEL, White House Office of Special Assistant for National Security Affairs, NSC Series, Briefing Notes Subseries, folder [CIA Foreign Broadcast Information Jan. to April 1953], box 4.

[63] Ebenda.

[64] Vgl. Rostow, Europe after stalin, S. 51, 138f.

[65] Bericht „Foreign Policy Speech. American Society of Newspaper Editors", 4.6. 1953, in: DDEL, White House Office of the Staff Secretary, L. Arthur Minnich Series, folder: Miscellaneous-F [January 1953–July 1958], Notes „Europe-Foreign Policy Speech", box 1.

[66] Dulles' Rede vom 18. April in: Rostow, Europe after Stalin, S. 122–131.

[67] Memorandum der CIA, 8.4. 1953, in: DDEL, White House Office, Office of Special Assistant for National Security Affairs, NSC-Series, Subject Series, Miscellaneous, folder: Stalin's Death 4/8/53 (9), box 5. Vgl. auch Bericht des CIA „Soviet Lures and Pressures since Stalin's Death, March 5 to 25, 1953", 26.3. 1953, in: DDEL, White House Office, NSC Staff, PSB, folder: PSB 092 USSR (1),

Jahrgang 46 (1998), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

hower beklagte Jackson am 2. April, daß „wir nun einen Monat lang den Sowjets praktisch ein Monopol über die Geister der Menschen in aller Welt eingeräumt haben, und in diesem Monat sind sie mit Eifer und entwaffnender Plausibilität vorgegangen". Die Sowjets hätten jedermann „die Idee eingehämmert, daß allein sie für den Frieden" seien, und das mit ihrem Vorschlag gekrönt, eine Konferenz der vier Besatzungsmächte über die deutsche Wiedervereinigung abzuhalten. Kein Wunder, daß Jackson die ersten sechs Wochen in seiner neuen Stellung als „Fehlschlag" bezeichnete[68].

IV.

Mitte Juni hat dann der Aufstand in der DDR die Eisenhower-Administration zum Überdenken ihrer Deutschlandpolitik genötigt[69]. Am 16. und 17. Juni war es in Berlin und anderen Städten, ausgehend von Forderungen nach Rücknahme einer Regierungsverordnung, die in der Industrie die Arbeitsnorm um zehn Prozent erhöht hatte, zu Straßendemonstrationen von Arbeitern gekommen, bei denen auch der Rücktritt der kommunistischen Regierung und freie Wahlen verlangt wurden. Die sowjetische Besatzungsarmee machte den Unruhen am 17. Juni wieder ein Ende.

Verglichen mit der hitzigen Debatte, die es im Nationalen Sicherheitsrat nach Stalins Tod gegeben hatte, fiel die Reaktion der Eisenhower-Administration auf den Aufstand in der DDR merkwürdig passiv aus. Niemand redete von Befreiung[70] oder deutscher Wiedervereinigung. Statt dessen sagte Eisenhower während einer Sitzung des Nationalen Sicherheitsrats am 18. Juni, der Aufstand zeige, daß die EVG-Ratifizierung noch dringlicher geworden sei und daß die USA nun erst recht allen Grund hätten, sich Churchills Rufen nach einer Viermächte-Konferenz zu widersetzen. Jackson hat dem Präsidenten und Dulles nicht mehr widersprochen, vielleicht auf Grund der klaren Worte Eisenhowers. Zwar wurde er mit der Aufgabe betraut,

box 18, und CIA-Bericht „Soviet Lures and Pressures since Stalin's Death, March 26 to April 13, 1953", 15.4. 1953, in: Ebenda.

[68] Jackson an Eisenhower, 2.4. 1953, in: DDEL, C.D. Jackson Papers, Time Inc. File, folder: Eisenhower, Dwight D. – Correspondence thru 1956 (20), box 41.

[69] Zum Aufstand in der DDR vgl. Armin Mitter/Stefan Wolle, Untergang auf Raten. Unbekannte Kapitel der DDR-Geschichte, München 1993; Gerhard Beier, „Wir wollen freie Menschen sein." Der 17. Juni 1953. Bauleute gingen voran, Köln 1993; Manfred Hagen, DDR – Juni '53. Die erste Volkserhebung im Stalinismus, Stuttgart 1992; Torsten Diedrich, Der 17. Juni 1953 in der DDR. Bewaffnete Gewalt gegen das Volk, Berlin 1991; Rudolf Herrnstadt, Das Herrnstadt-Dokument. Das Politbüro der SED und die Geschichte des 17. Juni 1953, hrsg. von Nadia Stulz-Herrnstadt, Reinbek 1990; Ilse Spittmann, Zum 40. Jahrestag des 17. Juni, in: DA 26 (1993), S. 635–638. Von früheren Arbeiten vor allem Arnulf Baring, Der 17. Juni 1953, Bonn 1957; vgl. auch Ilse Spittmann/Karl Wilhelm Fricke (Hrsg.), 17. Juni 1953. Arbeiteraufstand in der DDR, Köln 1982.

[70] Bericht des NSC „Records of Actions by the National Security Council", 18.6. 1953, in: DDEL, Ann Whitman File, NSC Series, folder: NSC 1953 (2), box 1.

Jahrgang 46 (1998), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

einen PSB-Plan zur Ausnutzung der Unruhen in der DDR vorzubereiten, doch unterließ die amerikanische Regierung jede sofortige Aktion.

Auch Adenauer reagierte recht gedämpft. Er hielt am 17. Juni lediglich eine eher matte Rede im Bundestag, in der er das Vorgehen der sowjetischen Streitkräfte verurteilte[71]. Nachdem ihm aber seine Tatenlosigkeit heftige Angriffe der sozialdemokratischen Opposition eingetragen hatte, suchte er sich politisch zu decken, indem er an Eisenhower und andere westliche Führer appellierte, sich für die Wiedervereinigung Deutschlands einzusetzen. Um die politische Stellung des Bundeskanzlers zu stärken, betonte Eisenhower am 25. Juni in einer schriftlichen Antwort, die Bundesrepublik Deutschland und die Vereinigten Staaten trachteten gemeinsam ernsthaft danach, „die berechtigten Ansprüche des deutschen Volkes auf Frieden und Einheit" zu befriedigen[72]. Tatsächlich war aber eine neue Runde in der Deutschlandfrage das letzte, was beide Regierungen zu diesem Zeitpunkt wünschten. Gleichwohl gehörte es zu den unausweichlichen Folgen des Aufstands, daß die deutsche Wiedervereinigung erneut an die Spitze der politischen Tagesordnung rückte. Wie Ernst Reuter, der sozialdemokratische Bürgermeister von West-Berlin, sagte: „Es muß den Alliierten nun klar sein, daß die Vereinigung Deutschlands um fast jeden Preis erreicht werden muß."[73]

Angesichts des Drucks, den Churchill in der Frage einer Viermächte-Konferenz ausübte, und angesichts des Adenauer bevorstehenden Wahlkampfs begann daher die Eisenhower-Administration mehr deutschlandpolitische Flexibilität an den Tag zu legen[74]. Dulles war nun bereit, Jacksons Vorschlag direkter Gespräche mit den Sowjets anzunehmen, beharrte aber darauf, daß solche Gespräche erst nach den Bundestagswahlen stattfinden dürften und daß Briten wie Franzosen sich energischer um die Ratifizierung der EVG bemühten[75]. Nachdem aber Ende Juni die Bermuda-Konferenz der Westmächte[76] auf Grund der Erkrankung Churchills verschoben worden war, suchte die amerikanische Regierung dennoch Mittel und Wege zur Verringerung des politischen Drucks zu finden, den der Aufstand in der DDR erzeugt hatte[77]. Am 3. Juli schrieb Jackson an Eisenhower, eben „das, was so erfreulich war, nämlich daß diese deutschen Entwicklungen spontan und nicht von außen organisiert waren, erweist sich nun, da wir nicht interveniert haben, als Bumerang"[78].

---

[71] Tagebuch Blankenhorn, 21.6. 1953, in: BA Koblenz, Nachlaß Blankenhorn 351/21.

[72] Eisenhower an Adenauer, 25.6. 1953, in: FRUS 1952–1954, Bd. 7, Teil 2, S. 1593.

[73] Notizen von Eleanor Dulles „New Political Factors in Germany", 25.6. 1953, in: DDEL, Eleanor Dulles Papers, folder: Berlin, June 12–23, box 25.

[74] Jackson an Dulles, 16.4. 1953, in: Seeley G. Mudd Library, Princeton, New Jersey (künftig: ML), John Foster Dulles Papers, Selected Correspondence, folder: Jackson, C.D., box 71.

[75] Niederschrift „Bermuda Conference: Four Power Meeting with the USSR", 22.6. 1953, in: DDEL, C.D. Jackson Records, folder: Bermuda Conference Briefing Book, box 2.

[76] Georg Federer an Blankenhorn, 25.6. 1953, in: BA Koblenz, Nachlaß Blankenhorn 351/21.

[77] Vgl. Aufzeichnung Eleanor Dulles „New Political Factors in Germany", 25.6. 1953, in: DDEL, Eleanor Dulles Papers, folder: Berlin, June 12–23, 1953, box 25.

[78] Jackson an Eisenhower, 3.7. 1953, in: DDEL, C.D. Jackson Papers, Time Inc. File, Eisenhower, Dwight D. Corresp. thru 1956 (2), box 41.

Jahrgang 46 (1998), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Jackson hatte zu diesem Zeitpunkt bereits mit der Arbeit an etlichen kleineren Aktionen der psychologischen Kriegführung begonnen, mit denen er sich den Aufstand zunutze machen wollte. Eines der Unternehmen war die Organisierung einer „Woche der Sklaverei" in Westeuropa, mit der die falsche Behauptung der Regime in der Sowjetunion und in der DDR entlarvt werden sollte, hinter dem Aufstand hätten die USA gestanden[79]. Ein anderes Projekt sah vor, daß die CIA westdeutsche Privatleute dazu brachte, eine weltweite Bewegung zum Gedenken „der Märtyrer der Freiheit" in Gang zu setzen[80]. Als Teil dieser Kampagne zu Ehren der Opfer des 17. Juni stellte sich Jackson die Errichtung eines Denkmals in West-Berlin vor, wo dann alljährlich am 17. Juni Gedenkfeiern stattfinden könnten[81]. Ernst Reuter stand dem Denkmal-Projekt anfänglich positiv gegenüber, und zur Realisierung wurde ein westdeutsches Komitee ins Leben gerufen[82]. Jedoch erhielt keines dieser Vorhaben jene Unterstützung und Förderung, die sich Jackson erhoffte.

Damit soll nicht gesagt werden, daß die amerikanische Regierung und das Kabinett Adenauer überhaupt keine Notwendigkeit empfunden hätten, auf die Vorgänge in der DDR zu reagieren. Anfang Juli tauchten zwei Vorschläge auf: erstens für eine Deutschlandkonferenz der vier Besatzungsmächte, zweitens für ein Projekt zur Verteilung von Lebensmitteln in der DDR. Beide Vorschläge waren nach Jacksons Geschmack. Der erste zeigte die Akzeptierung seiner Idee eines Treffens mit den Sowjets an, und der zweite stellte immerhin – wenn auch zu bescheiden, um „Befreiung" erreichen zu können – eine Erweiterung der Möglichkeiten dar, den Kalten Krieg in Deutschland mit psychologischen Operationen zu führen.

Es begann mit Adenauers plötzlichem Meinungswechsel in der Frage einer Viermächte-Konferenz. Daß er auf einmal für eine solche Konferenz eintrat, sollte die öffentliche Meinung in der Bundesrepublik beruhigen und seine Wahlchancen verbessern, nicht etwa die Sache der Wiedervereinigung fördern[83]. Um Adenauer politisch zu stützen, bezeigten State Department und PSB Sympathie für die Haltung des Bundeskanzlers, zumal dies für den Westen Propagandagewinne im Kalten Krieg verhieß. Und kurz danach, Mitte Juli, schlugen die in Washington tagenden Außenminister der Westmächte vor, im Herbst ein Treffen der vier Besatzungsmächte zu

[79] Jackson an Ed. Taylor, 22.6. 1953, in: DDEL, White House Office, NSC Staff Papers, PSB, folder: PSB 091, Germany 7, box 12.

[80] Vgl. Memorandum „Points to be stressed at meeting in Mr. C.D. Jackson's office", 6.7. 1953, in: DDEL, C.D. Jackson Records, folder: PSB – Exploitation of Unrest in Satellite Europe, box 1.

[81] Bericht „National Committee for Martyrs of Freedom Memorial", 21.7. 1953, in: DDEL, White House Central File, Confidential File, folder: PSB, Memo, box 61.

[82] Edward M. O'Connor an Abbott Washburn, 18.8. 1953, in: DDEL, C.D. Jackson Records, folder: PSB – Miscellaneous Memos (2), box 1.

[83] Vgl. die Aufzeichnung eines Gesprächs James Riddleberger – Blankenhorn, 10.7. 1953, in: FRUS 1952–1954, Bd. 5, Teil 2, S. 1606f. Dazu auch Tagebuch Blankenhorn, 2.7. 1953, in: BA Koblenz, Nachlaß Blankenhorn 351/22, und Hans-Peter Schwarz, Adenauer. Der Staatsmann: 1952–1967, Stuttgart 1991, S. 85–87.

Jahrgang 46 (1998), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

veranstalten[84]. Der sowjetische Außenminister, Wjatscheslaw Molotow, befürchtete nun, Adenauers Schwenkung habe die sowjetische Stellung in der Deutschlandfrage geschwächt, und auf sein Drängen hin machte die Regierung der DDR den Vorschlag, selber mit westdeutschen Politikern in Verhandlungen über die Wiedervereinigung einzutreten[85]. Indes hatte die SED nach dem 17. Juni jede Glaubwürdigkeit verloren, und so konnte das Kabinett Adenauer die Offerte ignorieren.

Die amerikanische Regierung suchte den Druck auf die Sowjets und auf die Führung der DDR aufrechtzuerhalten, indem sie, gemeinsam mit dem Kabinett Adenauer und dem Westberliner Senat, einen Plan zur Lieferung von Lebensmitteln in die DDR entwickelte[86]. Jackson hatte schon seit längerem erwogen, Nahrung nach Osteuropa zu schicken, und deshalb jetzt dafür gesorgt, daß der Gedanke in die PSB-Programme für die Reaktion auf den 17. Juni eingebaut wurde[87]. Wohl legte das State Department wenig Begeisterung an den Tag, da es befürchtete, daß dann die USA zu ähnlichen Aktionen anderswo genötigt sein könnten[88], doch war es schließlich gerade Dulles, der zur Wiederbelebung des Plans beitrug, und zwar nach einer Pressekonferenz am 30. Juni, auf der er gefragt worden war, ob denn die Vereinigten Staaten der ostdeutschen Bevölkerung nicht mit Lebensmitteln helfen könnten[89].

Anfang Juli faßten die Eisenhower-Administration und die Regierung Adenauer[90] gemeinsam den Beschluß, in West-Berlin spezielle Zentren zur Verteilung von Lebensmitteln an Ostdeutsche einzurichten[91]. Auf amerikanischer Seite leitete Jackson

---

[84] Kommuniqué des Treffens der Außenminister der USA, des Vereinigten Königreichs und Frankreichs, 14.7. 1953, in: FRUS 1952–1954, Bd. 5, Teil 2, S. 1705.

[85] Aufzeichnungen Otto Grotewohls, 10.7. 1953, in: Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv Berlin, Zentrales Parteienarchiv, Nachlaß Otto Grotewohl.

[86] Zu der Lebensmittel-Aktion vgl. Valur Ingimundarson, The Eisenhower Administration, the Adenauer Government, and the Political Uses of the East German Uprising in 1953, in: Diplomatic History 20 (1996), S. 381–409; ders., East Germany, West Germany, S. 317–403. Vgl. auch Christian Ostermann, The United States, the East German Uprising of 1953, and the Limits of Rollback, Washington 1994, S. 1–43; Diethelm Prowe, Weltstadt in Krisen. Berlin 1949–1958, Berlin/New York 1973; Willy Brandt/Richard Löwenthal, Ernst Reuter, München 1957; Stassen/Houts, Eisenhower. Zur britischen Reaktion vgl. Klaus Larres, Neutralisierung oder Westintegration? Churchill, Eisenhower, die USA und der 17. Juni, in: DA 27 (1994), S. 568–585; Fish, After Stalin's Death, S. 333–355.

[87] Bericht „Records of Actions by the National Security Council", 18.6. 1953, in: DDEL, Ann Whitman File, NSC Series, folder: NSC 1953 (2), box 1.

[88] Arthur Cox an Browne, 8.5. 1953, in: DDEL, White House Office, NSC Staff Papers, PSB Central Files, folder: PSB 430 (1), box 28.

[89] James Riddleberger an Dulles, 3.7. 1953, in: FRUS 1952–1954, Bd. 7, Teil 2, S. 1609 f.

[90] Bericht „Lebensmittelhilfe für die Bevölkerung der sowjetischen Besatzungszone", 1.10. 1953, in: Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (künftig: PA AA), Bundestag-Allgemeines 1953–1954, Abteilung II, 003-00. Vgl. auch Die Neue Zeitung, 9.4. 1953, und U.S. High Commission in Germany (HICOG), Berlin, an HICOG, Bonn, 11.5. 1953, in: FRUS 1952–1954, Bd. 7, Teil 2, S. 1574 f.

[91] Jackson an Walter Bedell Smith, 18.8. 1953, in: DDEL, C.D. Jackson Records, folder: Smith, General Walter Bedell, box 6. Ferner Aufzeichnung „Informal Meeting of the PSB", 8.7. 1953, in: FRUS 1952–1954, Bd. 7, Teil 2, S. 1614; Eisenhower an Adenauer, 10.7. 1953, in: Ebenda, S. 1617.

Jahrgang 46 (1998), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

die Aktion, zusammen mit Harold Stassen, dem Direktor der „Mutual Security Agency", und Eleanor Dulles, einer einflußreichen Beamtin des State Department, damals im Berliner Büro der Deutschland-Abteilung tätig. Der Regierende Bürgermeister Reuter, der Senat von West-Berlin und das Bundeswirtschaftsministerium waren für die Organisation an Ort und Stelle zuständig[92]. Die amerikanische Regierung verfolgte mit dem Angebot von Nahrungsmitteln vor allem das Ziel, den Aufstand in der DDR propagandistisch auszunützen, wenn auch humanitäre Motive als sekundärer Faktor eine Rolle spielten[93]. Die Regierung der Bundesrepublik hingegen reagierte vor allem auf die Nöte der Bevölkerung in der DDR, war sich aber der propagandistischen Aspekte des Unternehmens sehr bewußt[94].

Die Lebensmittel-Aktion, die am 27. Juli begann, war anfänglich viel erfolgreicher als erwartet: In den ersten beiden Tagen kamen mehr als 250000 Bewohner der DDR nach West-Berlin[95]. Die Behörden der DDR wurden völlig überrascht; erst am 1. August verhängten sie strenge Reisebeschränkungen, um den Strom nach West-Berlin zu stoppen. Jackson schlug daraufhin vor, die Arbeiter in der DDR über RIAS aufzurufen, „die Sache selber in die Hand zu nehmen", doch gelang es dem State Department, diese riskante Idee zu Fall zu bringen[96]. Im weiteren Verlauf verschärften die Behörden in Ost-Berlin ihre repressiven Maßnahmen noch, brachten es aber nicht fertig, die Bewegung nach West-Berlin völlig zu unterbinden.

Bedenkt man, welch großes Gewicht Dulles auf enge Absprache mit den europäischen Verbündeten legte, um die EVG-Ratifizierung zu sichern, und welch geringe Neigung er für die psychologische Kriegführung aufbrachte, so mag es seltsam erscheinen, daß er Jacksons Lebensmittelprojekt zustimmte, zumal Briten und Franzosen nichts als Hohn und Spott für die einseitige amerikanische Aktion übrig hatten[97]. Um seine Haltung zu verstehen, muß man berücksichtigen, daß er unter Druck von allen Seiten stand. Der rechte Flügel der Republikanischen Partei übte scharfe Kritik an der, wie er meinte, lauen amerikanischen Reaktion auf ein wichtiges Ereignis im Kalten Krieg. Es bedurfte der Intervention Jacksons, um einen Kongreßabgeordneten, der die Angestellten des RIAS fälschlicherweise kommunistischer Sympathien beschuldigt hatte, von dem Antrag abzuhalten, dem Sender die Gelder zu sperren[98].

---

[92] Conant an State Department, 30.9. 1953, in: Ebenda, S. 1655; ferner Conant an Dulles, 17.7. 1953, in: DDEL, C.D. Jackson Records, folder: Germany, Telegram Bonn-Secretary of State, box 3.

[93] Hierzu Jackson an Smith, 18.8. 1953, in: DDEL, C.D. Jackson Records, folder: Smith, General Walter Bedell, box 6, und persönlicher Brief Conants an Dulles, 8.8. 1953, in: FRUS 1952–1954, Bd. 7, Teil 2, S. 1639f.

[94] Aufzeichnung einer Unterhaltung Hallstein – Steere, 7.7. 1953, in: BA Koblenz, Nachlaß Blankenhorn 351/22.

[95] Liste „Food Packages Distributed to East Germans", 27.7. 1953, in: DDEL, C.D. Jackson Records, folder: PSB – Miscellaneous Memos (2), box 1.

[96] McKnight an Smith, 3.8. 1953, in: FRUS 1952–1954, Bd. 7, Teil 2, S. 1636f.

[97] Vgl. Fish, After Stalin's Death, S. 345.

[98] Riddleberger an Dulles, 9.7. 1953, in: NA, RG 59, Records of the Executive Secretariat, folder: Germany (East), box 23; Jackson an John Taber, 22.7. 1953, in: DDEL, C.D. Jackson Records, folder: RFE, box 5.

Jahrgang 46 (1998), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Ferner hatte Dulles' Schwester Eleanor, die in West-Berlin in Hilfswerken für Flüchtlinge engagiert war, gewarnt, ein Mangel an Anteilnahme für die Deutschen in der DDR könne das Vertrauen der westdeutschen Bevölkerung in die amerikanische Politik nachhaltig erschüttern[99]. Dulles' Hauptgrund dürfte aber seine Überzeugung gewesen sein, daß das Projekt Bundeskanzler Adenauer im Wahlkampf zugute kommen werde[100]. Bereits am 18. Juni hatte Eisenhower im Nationalen Sicherheitsrat erklärt, daß er fast alles tun werde, um Adenauer zu helfen[101].

Darin kam der Glaube zum Ausdruck, daß die Europapolitik der Vereinigten Staaten vom politischen Überleben Konrad Adenauers abhänge, zumal die Sozialdemokraten gegen die EVG opponierten. Es ist daher nicht überraschend, daß die amerikanische Regierung mehrere Schritte unternahm, um dem Bundeskanzler im Sommer 1953 beizustehen. So begrüßte der Präsident – neben dem Schreiben, das er am 25. Juni an Adenauer richtete – Anfang Juli öffentlich die Meinungsänderung des Kanzlers hinsichtlich der Viermächte-Konferenz. Auch griff Eisenhower den Gedanken Jacksons auf, eine weitere Botschaft an Adenauer zu richten, um die Kritik an dessen Behandlung des Aufstands in der DDR zu beschwichtigen. Jackson schrieb selbst den Entwurf zu dem Brief und konstatierte, er habe „die Elemente der Sympathie, der friedlichen Hilfe, der Ermutigung, der freien Wahlen, der Vereinigung und der EVG" hineinzupacken versucht – „(der geschickteste Trick der Woche)"[102].

Dieser Brief, in dem es – nicht gerade sehr logisch – hieß, die Unruhen in der DDR bewiesen die Vereinbarkeit von EVG und deutscher Wiedervereinigung, wurde am 23. Juli übermittelt. Es handelte sich um eine der offenkundigsten amerikanischen Interventionen in westdeutsche Innenpolitik, die in jenem Sommer zu verzeichnen war. Adenauer verfehlte nicht, in seinem Wahlkampf guten Gebrauch von dem Schreiben zu machen; wieder und wieder zitierte er es in seinen Reden, um sein exzellentes Verhältnis zum amerikanischen Präsidenten darzutun[103]. James B. Conant, damals Hochkommissar in Bonn, warnte allerdings, unterstützt von seinem Mitarbeiterstab, zuviel Rückendeckung für Adenauer könne auch gegenteilige Effekte haben[104]. Die Warnung war durchaus berechtigt, da es die Sozialdemokraten zunehmend verärgerte, daß die Eisenhower-Administration Adenauer und seine Partei so offenkundig bevorzugte[105]. Im Juli schrieb der einflußreiche SPD-Politiker Fritz Erler in einem scharf formulierten Artikel, die Westmächte, insbesondere die Vereinigten Staaten, würden alle wichtigeren Entscheidungen in europäischen Fragen vertagen, nur um sicherzugehen, daß sie Adenauer politisch nicht schadeten. Er äußerte sich auch kritisch über die Lebensmittel-Aktion, die er als Wahlhilfe für Adenauer bezeichne-

[99] Wie Anm. 73.

[100] Conant an State Department, 2.7. 1953, in: FRUS 1952–1954, Bd. 7, Teil 2, S. 1600f.

[101] Aufzeichnung der Diskussion, 18.2. 1953, in: DDEL, Ann Whitman File, NSC Series, folder: 150th Meeting of the NSC, 1953, box 4.

[102] Jackson an Eisenhower, 3.7. 1953, in: FRUS 1952–1954, Bd. 7, Teil 2, S. 1608f.

[103] Zum Beispiel am 20. Juli 1953 in Dortmund; Text in: BA Koblenz, Nachlaß Blankenhorn 353/20.

[104] Conant an Dulles, 19.6. 1953, in: NA, RG 59, Lot 53 D444, Germany box 23.

[105] Fritz Erler, Wahlhilfe made in the USA, in: Neuer Vorwärts, 10.7. 1953.

Jahrgang 46 (1998), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

te[106]. Das war zwar eine Übertreibung, spießte aber sicherlich einen der Gründe auf. Briten und Franzosen blieben bei ihrer Ablehnung der Lebensmittel-Aktion, eines, wie ein britischer Beamter sagte, „als Nächstenliebe aufgeputzten Propagandamanövers"[107]. Dulles weigerte sich jedoch, die Aktion einzustellen. In der Überzeugung, die Operation sei „die schnellste und reibungsloseste [. . .], die ich gesehen habe, seit ich hier unten bin", wollte Jackson sogar ähnliche Unternehmen in anderen Ländern des Ostblocks in Gang setzen[108]. In einem Brief an den amerikanischen Gesandten in Budapest schrieb er: „Wir sind bereit, eine Aktion für Ungarn zu starten, wann immer Sie das Signal dazu geben."[109] Jackson war auch der Meinung, Schlüssel zum Erfolg der Operation sei gerade das Fehlen einer Abstimmung mit den westeuropäischen Verbündeten gewesen. Er hegte den Verdacht – vermutlich zu Recht –, daß sie versucht hätten, das Unternehmen als unnötig provozierend zu verhindern; dabei stand hier nach seiner Ansicht sowohl die amerikanische Strategie im Kalten Krieg wie auch die politische Zukunft Adenauers auf dem Spiel[110]. Jackson überschätzte gewiß die Wirkung der Lebensmittel-Aktion auf Adenauers Wahlkampf, doch traf er den Nagel auf den Kopf, wenn er die Aktion als Beispiel der unilateralen amerikanischen Politik und der psychologischen Kriegführung verstand. Allerdings war ein Haken bei der Sache: Dulles war auf ein anderes Prinzip eingeschworen, das mit Jacksons Grundsätzen oft kollidierte, nämlich auf Bündnispolitik.

Jacksons Lieblingsprojekt, das VFC, zeigte dies sehr deutlich. In Übereinstimmung mit dem PSB-Plan vom 25. Juni, der sofortige Konsultation der Westeuropäer vorsah, um die Bildung des VFC zu beschleunigen, warb Jackson im Juli und August 1953 eifrig für das Freiwillige Freiheitskorps[111]. Aber Dulles und Walter Bedell Smith – der sein Amt als Direktor der CIA aufgegeben hatte und als Staatssekretär ins State Department gewechselt war – standen dem VFC zutiefst skeptisch gegenüber, da sie europäische Kritik voraussahen. Sie fürchteten auch die internationalen Auswirkungen, sollten Einzelheiten des Plans der Presse bekannt werden. In einem Memorandum an Jackson machte Smith klar, daß die „deutsche Situation prekär ist und es in unserem Interesse liegt, alles zu vermeiden, das, ob Wort oder Tat, die Wahlchancen des Bundeskanzlers verringern wird"[112].

Wie sich herausstellte, waren Briten, Franzosen und Westdeutsche allesamt gegen das Projekt. Mit Blick auf die Wahlen befürchtete Adenauer, das VFC werde seiner

---

[106] Ebenda.

[107] Zit. nach Fish, After Stalin's Death, S. 350.

[108] Jackson an Christian Ravndall, 7. 8. 1953, in: DDEL, C. D. Jackson Records, folder: R, box 5.

[109] Ebenda.

[110] Jackson an Smith, 18. 8. 1953, in: FRUS 1952–1954, Bd. 7, Teil 2, S. 1642 f.

[111] Bericht „The Psychological Program", in: DDEL, White House Office, Office of the Special Assistant for National Security Affairs, NSC Series, Status of Projects Series, folder: NSC 161, Vol. II (3), box 4.

[112] Conant an Dulles, 11. 7. 1953, in: NA, RG 59, 762A/00-7/11-1953. Vgl. auch Smith an Jackson, o. D., in: DDEL, White House Central File, Confidential File, folder: MSA [1953] (10) memo (1), box 37.

Jahrgang 46 (1998), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

innenpolitischen Stellung schaden[113]; die Sowjets würden darin eine Provokation und einen Beweis für westliche Aggressivität sehen wollen[114], und deshalb sei laute Opposition der Sozialdemokraten und der Freien Demokraten zu erwarten[115]. Conant nahm jedoch an, das Nein des Bundeskanzlers müsse nicht endgültig sein; „zu einem späteren Zeitpunkt, so nach einer erfolgreichen Wahl, ist [er] vielleicht für die Idee empfänglicher". Für Dulles war das Grund genug, die Verwirklichung des Plans zu verschieben[116]. Die Bewahrung des Zusammenhalts der westlichen Allianz erhielt Vorrang vor dem Recht auf unilaterale Aktionen der psychologischen Kriegführung.

V.

Im August kam die amerikanische Regierung zu der Überzeugung, daß ihre Deutschlandpolitik – namentlich der Konferenzvorschlag und die Lebensmittel-Aktion – nicht nur die Position der USA im Kalten Krieg verbessert, sondern tatsächlich auch Bundeskanzler Adenauer in seinem Wahlkampf gestärkt hatte. Jackson glaubte jedoch, daß noch mehr getan werden müsse. Die Sowjets, die am 4. und 16. August mit je einer Note die westliche Aufforderung zu Viermächte-Gesprächen formell beantwortet hatten, ließen keine Zweifel, daß die Ratifizierung des EVG-Vertrags die Wiedervereinigung Deutschlands unmöglich machen werde. Zwar boten die Noten in der Tat keinen neuen Gedanken zur deutschen Frage und vermieden auch die Nennung eines Termins für eine Deutschland-Konferenz. Aber Jackson sah die sowjetische Haltung doch als Bestätigung seiner bisherigen Argumentation: nämlich, daß die Sowjets niemals das amerikanische Paket „mit EVG, Vereinigung und freien Wahlen" akzeptieren würden. Mit Recht urteilte er, daß die Vereinigten Staaten von den Sowjets im Grunde die Zustimmung zu „ihrer – in ihren eigenen Augen und in den Augen der Welt – kompletten, totalen und vernichtenden Niederlage" verlangten[117]. Und er fragte sich, in einer für ihn ganz ungewohnten Anwandlung von Konzessionsbereitschaft, ob es nicht „mögliche Alternativen gibt, die es den Russen erlauben, wenigstens einen kleinen Teil ihres Gesichts zu wahren, und uns doch unserem Endziel ein paar Schritte näherzubringen, wobei zu bedenken ist, daß Konzessionen in beiden Richtungen wirken und daß jede Verbesserung, die für das Los der Ostdeutschen erreicht wird, sie nur hungriger nach mehr und es den Russen von Mal zu Mal schwerer machen wird, ihnen weitere Schritte zu verweigern"[118].

---

[113] Smith an Jackson, o.D., in: Ebenda.

[114] Conant an Dulles, 11.7. 1953, in: NA, RG 59, 762A/00-7/11-1953.

[115] Walter A. Radius an [PSB] Board Assistants, 28.10. 1954, in: Ebenda, 672A/00-10/28-1954.

[116] Vgl. Memorandum „Revised Contingency Guidance during Preparatory Phase of the Volunteer Freedom Corps", 20.7. 1953, in: DDEL, White House Central File, Confidential File, folder: MSA [1953] (10), box 37.

[117] Jackson an Dulles, 8.8. 1953, in: ML, John Foster Dulles Files, White House Memo Series, White House Correspondence (2), box 1.

[118] Ebenda.

Jahrgang 46 (1998), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dieses Plädoyer für ein Überdenken der amerikanischen EVG-Politik und für die Suche nach Alternativen blieb ohne Erfolg. Gestützt von Eisenhower[119], widersetzte sich Dulles allen Bemühungen Jacksons und des Verteidigungsministeriums, für den Abschluß der EVG-Ratifizierung in Westeuropa einen festen Endtermin – nämlich Ende 1953 – zu nennen[120]. Daß die EVG der Eckstein der amerikanischen Interessen in Europa bleiben werde, fand eine Bekräftigung, als Mitte August eine neue deutschlandpolitische Formel – NSC 160/1 – festgelegt wurde[121]. Sie besagte, die ideale Lösung sei ein mit dem Westen verbundenes wiedervereinigtes Deutschland, wenn aber die Sowjets freie Wahlen zulassen und einem wiedervereinigten Deutschland Bündnisfreiheit zugestehen sollten, müßten die Vereinigten Staaten das Risiko eingehen, daß die Deutschen für Neutralität oder sogar für den Anschluß an den Ostblock optieren könnten[122]. Im Hinblick auf die sozialdemokratische Opposition gegen die EVG suchte Dulles das Risiko so weit wie möglich zu verringern, indem er alles tat, was er nur konnte, um Adenauers Wahlsieg zu sichern. Auch eine umstrittene Intervention[123], die er in letzter Minute, drei Tage vor den Bundestagswahlen, zugunsten Adenauers für angebracht hielt, muß vor diesem Hintergrund gesehen werden[124]; auf einer Pressekonferenz hatte Dulles tatsächlich erklärt, daß es für die deutsche Wiedervereinigung und die Wiederherstellung der Souveränität Deutschlands katastrophale Folgen haben würde, sollte Adenauers Koalitionsregierung abgewählt werden. Ob Dulles' Intervention dem Kanzler genützt hat, ist eine offene Frage, doch hat sie ihm gewiß nicht geschadet.

Tatsächlich stellte das Ausmaß des Adenauerschen Wahlerfolgs eine große Überraschung dar: Der Kanzler und seine Koalition erhielten über 45 Prozent der Stimmen und die absolute Mehrheit im Bundestag[125]. Profitierte er einerseits vom Aufschwung der westdeutschen Wirtschaft in der ersten Hälfte des Jahres 1953, so brachte er es

---

119 Memorandum Robert Cutler, 13.8. 1953, in: FRUS 1952–1954, Bd.7, Teil 1, S.509f.

120 Aufzeichnung der Diskussion, 13.8. 1953, in: Ebenda, S.502, 505f.

121 Aufzeichnung „Statement of Policy by the National Security Council", 17.8. 1953, in: Ebenda, S.510–520. Zu NSC 160/1 vgl. auch Felken, Dulles und Deutschland, S.117–127. Felken irrt, wenn er (S.120) sagt, Jackson habe sich gewöhnlich auf die Seite von Dulles geschlagen und die Meinungsverschiedenheit, die zwischen den beiden hinsichtlich der EG entstand, sei ein Ausnahmefall gewesen. Vgl. auch Hermann-Josef Rupieper, Der besetzte Verbündete. Die amerikanische Deutschlandpolitik 1949–1954, Opladen 1991, S.348–351, und Thomas Alan Schwartz, America's Germany. John J.McCloy and the Federal Republic of Germany, Cambridge (MA)/London 1991, S.283f.

122 „Statement of Policy by the National Security Council", 17.8. 1953, in: FRUS 1952–1954, Bd.7, Teil 1, S.518.

123 Conant diary, 3.9. 1953, in: Harvard Pusey Library, James B.Conant, Personal Papers.

124 Niederschrift der Pressekonferenz von Dulles, 3.9. 1953, in: ML, John Foster Dulles Files, Selected Correspondence, folder: re Germany, box 70.

125 Zur Bundestagswahl Wolfgang Hirsch-Weber/Klaus Schütz, Wähler und Gewählte. Eine Untersuchung der Bundestagswahlen 1953, Köln 1975. Vgl. auch Hans-Peter Schwarz, Adenauer. Der Staatsmann, S.66–105, und Hans Ratinger/Walter Puschner, Ökonomie und Politik in der Bundesrepublik. Wirtschaftslage und Wahlverhalten 1953–1980, in: Politische Vierteljahresschrift 22 (1981), S.265–286.

Jahrgang 46 (1998), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

andererseits auch fertig, ausgeprägt pro-amerikanische und antikommunistische Positionen mit der Forderung nach der Wiedervereinigung Deutschlands zu verbinden. In einem politischen Klima, in dem nach dem Aufstand in der DDR ein leidenschaftlicher Antikommunismus herrschte, war das eine sichere Kombination. Der amerikanische Einfluß auf Adenauers Wahlsieg sollte jedoch nicht unterschätzt werden. Der Bundeskanzler wünschte die amerikanische Rückendeckung, und trotz des Widerstrebens der amerikanischen Hochkommission in Bonn (HICOG), die für Neutralität eintrat[126], hat er sie auch bekommen: durch die Herzlichkeit des Empfangs, als er im Frühjahr 1953 die Vereinigten Staaten besuchte, durch das Aufgreifen seiner Initiative in der Frage einer Viermächte-Konferenz, durch Eisenhowers Schreiben vom 23. Juli und durch die Lebensmittel-Aktion.

So ist es nicht überraschend, daß sich Eisenhower und Dulles durch Adenauers Wahlsieg bestätigt und angespornt sahen[127]. Jackson, der das Ergebnis der Bundestagswahl als einen der Haupterfolge des ersten Halbjahres der Eisenhower-Administration charakterisierte[128], konnte mit seinem Beitrag ebenfalls zufrieden sein. Er hatte als erster die Idee gehabt, vor der EVG-Ratifizierung eine Viermächte-Konferenz anzubieten, er hatte den Brief vom 23. Juli an Adenauer entworfen, und er hatte bei der Ausarbeitung und Durchführung der Lebensmittel-Aktion eine Schlüsselrolle gespielt.

Wie es die Ironie der Geschichte wollte, leitete ausgerechnet Adenauers Wiederwahl eine merkliche Abnahme von Jacksons Einfluß auf die amerikanische Deutschlandpolitik ein. Es begann mit dem Abbruch der Lebensmittel-Aktion am 3. Oktober. Die Bundesregierung war zu der Überzeugung gelangt, daß die Gegenmaßnahmen des DDR-Regimes, darunter Entlassungen und Reisebeschränkungen, die Unterstützung des Programms durch die Öffentlichkeit erheblich gemindert hatten[129]. Jackson und der PSB-Stab wollten die Aktion noch ausweiten, doch angesichts der geschlossenen Opposition Großbritanniens, Frankreichs und der Bundesrepublik glaubte die amerikanische Regierung nachgeben zu müssen[130]. Alles in allem konnte die Lebensmittel-Aktion als bescheidener Erfolg gelten: Mehr als fünf Millionen Pakete waren zwischen 27. Juli und 3. Oktober an Ostdeutsche verteilt worden[131]. Auch war nicht nur das DDR-Regime vorübergehend in die Defensive gedrängt, sondern überdies der nach dem 17. Juni starke innenpolitische Druck auf die Eisenhower-Administration und die Regierung Adenauer gemildert worden. Aber inzwischen hatten

---

[126] Conant diary, 3. 9. 1953 (wie Anm. 123).

[127] Dulles an Conant, 8. 9. 1953, in: ML, John Foster Dulles Files, International Series, Subject Series, folder: Germany 1953–1954 (2), box 8.

[128] Jackson an Eisenhower, 21. 9. 1953, in: DDEL, C. D. Jackson Papers, Time-Inc. File, folder: Eisenhower, Dwight D. Corresp. thru 1956 (2).

[129] Conant an State Department, 30. 9. 1953, in: FRUS 1952–1954, Bd. 7, Teil 2, S. 1655. Zur damaligen Pressekritik vgl. Süddeutsche Zeitung, 23. 9. 1953.

[130] Memorandum des Acting High Commissioner an State Department, 24. 9. 1953, in: FRUS 1952–1954, Bd. 7, Teil 2, S. 1651.

[131] Bericht „Lebensmittelhilfe für die Bevölkerung der sowjetischen Besatzungszone", 1. 10. 1953, in: PA AA, Bundestag-Allgemeines 1953–1954, Abt. II, 003-00.

Jahrgang 46 (1998), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sich die anfänglichen Vorteile im Propagandakrieg auf Grund der Repressionsmaßnahmen des DDR-Regimes in Nachteile verwandelt.

Die Entscheidung, die Lebensmittel-Aktion einzustellen, war für Jackson und seine Bundesgenossen im PSB-Stab ein Rückschlag. Die amerikanischen Missionschefs in Europa hatten solche Streiche der psychologischen Kriegführung allerdings nie gern gesehen. Mitte September trafen sie sich in Luxemburg und sagten danach in einem Bericht: „Der Druck der Ereignisse und die Mängel des kommunistischen Systems werden zur Auflösung des sowjetischen Imperiums mehr und unausweichlicher beitragen, als wir es mit Aktivitäten der psychologischen Kriegführung vermögen, die ihrer Natur nach unkontrollierbar sind und deren Resultate sich nur allzuoft als das Gegenteil des Beabsichtigten erweisen können."[132] Auch erklärten die Botschafter, unilaterales amerikanisches Vorgehen sei gefährlich und Unternehmungen der politischen Kriegführung müßten mit den westeuropäischen Verbündeten koordiniert werden[133]. Wie zu erwarten war, nahm Jackson solche Kritik nicht leicht, die schließlich die grundsätzlichen Voraussetzungen seiner Aktivitäten in Frage stellte. Er warf den Missionschefs vor, mit ihrer Behauptung, der Juni-Aufstand habe ernste Schwierigkeiten mit den Westeuropäern verursacht, über jedes Ziel hinausgeschossen zu sein: „Erstens klingt das, als hätten wir die Unruhen angestiftet, wogegen wir doch wissen, daß nicht einmal der deutsche Nachrichtendienst eine Ahnung hatte, so etwas könne in der Luft liegen. Und zweitens, was haben denn die Botschafter von der amerikanischen psychologischen Kriegführung erwartet? Daß sie den Aufständischen sagt, geht nach Haus und seid nett zu den Kommunisten? Obiges, Wert fünf Cent, von mir zu dieser Sache."[134]

Eisenhower sympathisierte mit Jacksons Standpunkt und meinte, die Missionschefs hätten den Begriff „psychologische Kriegführung" zu eng definiert. Er gab die Notwendigkeit der Abstimmung mit den europäischen Verbündeten zu, stimmte aber „mit C. D. Jackson darin überein, daß wir ein amerikanisches Ziel haben und genau wissen müssen, was es ist"[135]. Smith hingegen verteidigte den Bericht der Botschafter, den Jackson mißverstanden habe[136]. In der Tat hatten die Missionschefs nie angedeutet, die Vereinigten Staaten hätten den Aufstand angezettelt. Der wahre Grund für Jacksons Ausbruch ist denn auch darin zu suchen, daß ihn der Mangel an Vertrauen in die psychologische Kriegführung irritierte, den er beim State Department wahrnahm.

---

[132] Bericht „Principal Conclusions. Chief of Mission Meeting in Vienna, September 22–24, 1953", in: DDEL, C. D. Jackson Records, folder: Luxemburg Meeting, box 4.

[133] Bericht „Concept and Ideas for Psychological Warfare in Europe developed by the Chief of Mission Meeting at Luxemburg in September 18–19, 1953", in: Ebenda.

[134] Jackson an L. A. Minnich, 5. 10. 1953, in: DDEL, White House Office, NSC Staff Papers, OCB Central File Series, folder: OCB 09.4 Eastern Europe (File 1 1) (1), box 6.

[135] Eisenhower an Dulles, 24. 10. 1953, in: DDEL, C. D. Jackson Papers, Time Inc. File, folder: Eisenhower, Dwight D. Corresp. thru 1956 (2).

[136] Smith an Eisenhower, 6. 11. 1953, in: DDEL, Ann Whitman File, Dulles-Herter Series, folder: Dulles, John F., box 1.

Jahrgang 46 (1998), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Jackson mußte einen weiteren Schlag einstecken, als im Herbst 1953 seine Versuche scheiterten, das Freiwillige Freiheitskorps doch noch ins Leben zu rufen[137]. Das State Department wandte die gleiche Taktik an wie vor den Wahlen in der Bundesrepublik und erreichte mit dem Hinweis auf eine mögliche Viermächte-Konferenz eine Vertagung des Projekts[138]; später benutzte es mit Erfolg die Ungewißheit über die EVG-Ratifizierung. Abermals setzte sich der Standpunkt durch, daß alliierte Geschlossenheit größere politische Gewinne in Westeuropa verspreche als unilaterales Handeln der USA. Obwohl Jackson und Henry Cabot Lodge weiterhin beharrlich bohrten, ist das Freiwillige Freiheitskorps nie geschaffen worden, wenn auch die offizielle Beerdigung des Projekts erst 1960 stattfand. Die Vereinigten Staaten waren nicht gewillt, ihre Beziehungen mit Westeuropa durch Aktionen der psychologischen Kriegführung in Deutschland zu belasten. Dies wurde im Dezember 1953 ganz klar, als die Eisenhower-Administration eine neue Formel für die Politik gegenüber den „sowjetischen Satelliten in Osteuropa" festlegte: NSC 174. Die Formel zeigte ein grundlegendes Dilemma der amerikanischen Strategie im Kalten Krieg. Das langfristige Ziel war nach wie vor die Zurückdrängung der sowjetischen Macht in Osteuropa, auch in der DDR, doch galten für amerikanische Aktionen so viele Beschränkungen, daß man dem Ziel auch weiterhin nicht näherkommen konnte. So wurde in NSC 174 betont, daß die Vereinigten Staaten keinen Krieg mit der Sowjetunion provozieren und verfrühte Aufstände in Osteuropa verhindern sollten, ferner die Notwendigkeit enger Zusammenarbeit mit den westeuropäischen Verbündeten hervorgehoben[139].

VI.

Die Festlegung auf Allianzpolitik hatte ihren ersten Test Anfang 1954 auf der Berliner Außenministerkonferenz zu bestehen[140]. Während dieser Zusammenkunft bestand das dominierende kurzfristige Ziel der USA darin, durch eine Demonstration der Vergeblichkeit ernsthafter Verhandlungen mit den Sowjets die EVG-freundlichen Elemente in Frankreich zu stärken[141]. Das bedeutete, daß alle Aktivitäten einer psy-

[137] Jackson an Smith, 21.9. 1953, in: DDEL, C.D.Jackson Records, folder: Volunteer Freedom Corps, Corresp. re., box 6.

[138] Smith an Robert Cutler, 14.9. 1953, in: DDEL, 762A/00-9/14-1953.

[139] Progress Report an NSC, 7.7. 1954, in: DDEL, White House Office, Office of the Special Assistant for National Security Affairs, folder: NSC 174 – Policy toward Satellites in Eastern Europe 7/16/34, box 8.

[140] Zur Berliner Konferenz u.a. Nikolaus Katzer, Eine Übung im Kalten Krieg. Die Berliner Außenministerkonferenz von 1954, Köln 1995. Vgl. auch Rupieper, Der besetzte Verbündete, S.375–380; ders., Die Berliner Außenministerkonferenz von 1954. Ein Höhepunkt der Ost-West-Propaganda oder die letzte Möglichkeit zur Schaffung der deutschen Einheit, in: VfZ 34 (1986), S.427–453.

[141] Bericht „Possible Mass Demonstrations against German People's Republic during Course of Quadrite Conference", 8.2. 1954, in: DDEL, C.D.Jackson Papers, Time Inc. File, folder: Berlin Basics, Mass Demos, box 27.

Jahrgang 46 (1998), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

chologischen Kriegführung mit Großbritannien und Frankreich abzustimmen waren und einseitige amerikanische Operationen wie die Lebensmittel-Aktion zu unterbleiben hatten. Damit soll nicht gesagt sein, daß die Eisenhower-Administration auf Propaganda als Mittel der Einflußnahme in Europa verzichten wollte. Es ist bezeichnend, daß Jackson von Dulles eingeladen wurde, ihn als Mitglied der amerikanischen Delegation nach Berlin zu begleiten – was im übrigen auch zeigte, daß politische Meinungsverschiedenheiten das persönliche Verhältnis der beiden nicht berührten. Dulles glaubte damals, die Sowjetunion habe im Propagandakrieg wieder etwas Boden gut gemacht[142], nicht zuletzt auf Grund der Verzögerungen bei der EVG-Ratifizierung. Gegen die Außenwelt war Jacksons Arbeit durch Geheimhaltung abgeschirmt. Nicht einmal die Bonner Regierung wußte Genaueres über seine Rolle in der Eisenhower-Administration[143]. Die Nachricht von seiner Anwesenheit in Berlin weckte ein gewisses Interesse in der westeuropäischen Presse und provozierte einige anzügliche Kommentare – und Witzeleien – in den osteuropäischen Medien. So hieß es in „Radio Prag": „Es ist sehr kalt in Berlin; die Kinder fahren Schlittschuh zwischen den Ruinen der zerbombten Straßen; die Erwachsenen, ihre Nasen tief in den hochgeschlagenen Mantelkrägen, haben es eilig, zu den U-Bahn-Stationen zu kommen [. . .]. Nach dem neuesten Berliner Witz ist dieses kalte Wetter ganz natürlich, da der Chef des Kalten Krieges in Berlin eingetroffen ist."[144]

Das Berliner Treffen – vom 25. Januar bis zum 18. Februar 1954 – stellte den letzten Versuch der vier Besatzungsmächte dar, eine Verständigung in der deutschen Frage zu erreichen. Danach, 1955, ist die Teilung Deutschlands durch den Beitritt der Bundesrepublik zur NATO und der DDR zum Warschauer Pakt vorerst zementiert worden. Die Hauptfrage lautete, ob die Franzosen in der deutschen Frage eine unabhängige Stellung einnehmen würden. Georges Bidault zeigte indes, obwohl von den Sowjets heftig umworben, keine Neigung, sich von den Standpunkten Dulles' und Edens zu distanzieren[145]. Die Westmächte präsentierten einen gemeinsamen Vorschlag – den Eden-Plan – zur Wiedervereinigung Deutschlands, der freie Wahlen für eine verfassunggebende Versammlung vorsah, die von den vier Besatzungsmächten und vielleicht auch einigen neutralen Staaten kontrolliert werden sollten[146]. Molotow wies den Eden-Plan zurück, der keine Basis für die deutsche Wiedervereinigung sei, und bekräftigte die sowjetische Position, ein wiedervereinigtes Deutschland

[142] Vgl. zum Beispiel Konrad Adenauer, Erinnerungen 1953–1955, Stuttgart 1966, S. 247.

[143] Heinz Krekeler an Auswärtiges Amt, 11. 3. 1954, Politische Bemühungen zwischen dem Gastland und dritten Staaten und zwischen dritten Staaten 1950–1953, in: PA AA, Abteilung II, 211-00/80, Bd. I.

[144] Mitschrift Radio Prag, 20. 1. 1954, in: DDEL, White House General File, Official File, folder: 182, Germany Government, and Embassy, 1954, box 864.

[145] Vgl. Erster Bericht über den Verlauf der Berliner Konferenz für die Zeit vom 25. 1. 1954 – o. D. [Januar–Februar 1954], in: PA AA, Abteilung III, 232-00, Bd. 1.

[146] Vorschlag des Vereinigten Königreichs am 29. 1. 1954 „Plan for German Reunification in Freedom", 28. 1. 1954, in: NA (Suitland), RG 466, folder: 4-Power-Meeting, Berlin, Jan. 1954, Vol. II, box 145.

Jahrgang 46 (1998), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

dürfe sich niemals der EVG anschließen. Der Eden-Plan wollte einem wiedervereinigten Deutschland vollständige Bündnisfreiheit zugestehen, wobei die Amerikaner natürlich darauf zählten, daß die Deutschen nach der Wiedervereinigung der EVG beitreten würden. Aber Molotow beharrte darauf, daß ein wiedervereinigtes Deutschland neutral zu sein habe und Allianzen fernbleiben müsse, die gegen eine der vier Besatzungsmächte gerichtet seien. Überdies verlangten die Sowjets die Bildung einer provisorischen deutschen Regierung – zusammengesetzt aus Vertretern der westdeutschen wie der ostdeutschen Regierung – noch vor gesamtdeutschen Wahlen[147]. Da die Annahme dieser Forderung nur zur sofortigen Legitimierung des DDR-Regimes geführt hätte, lehnten die Westmächte sogleich ab. So blieben die Berliner Gespräche, kaum begonnen, gleich wieder stecken; zu ernsthaften Diskussionen kam es weder über den Eden-Plan noch über die sowjetische Auffassung[148]. Schließlich stimmten beide Seiten zu, die Konferenz am 18. Februar zu beenden.

Jackson zog den Schluß, daß die „Berliner Konferenz die wichtigste und erfolgreichste Begegnung zwischen dem Osten und dem Westen in zehn Jahren gewesen ist"[149]. Angesichts des Scheiterns der Konferenz war das ein seltsames Urteil, aber Jackson kam es darauf an, daß die Geschlossenheit des Westens erhalten geblieben war – und das mit sowjetischer Hilfe. So war Molotow offensichtlich zu weit gegangen, als er einen europäischen Sicherheitspakt vorschlug, der den Ausschluß der Vereinigten Staaten aus den europäischen Angelegenheiten und die Auflösung der NATO verlangte. Jackson suchte daher die Konferenz sogleich für Propagandazwecke zu nutzen und drängte auf eine kühnere amerikanische Strategie im Kalten Krieg[150]. Wie er es ausdrückte: „Wenn wir 1954 den Mumm und das Geschick haben, alle Punkte des sowjetischen Bereichs unter konstantem Druck zu halten, wird uns eine solche Politik Gewinne einbringen."[151] Jacksons Ansicht fand in der Eisenhower-Administration viel Aufmerksamkeit, doch legte das State Department ein Veto gegen seine Empfehlungen ein. Zwar schlossen sich die Vertreter des State Department der Auffassung an, es sei sehr unwahrscheinlich, daß die Sowjetunion 1954 zu militärischen Mitteln greifen werde, brachten aber „ihre feste Überzeugung" zum Ausdruck, „daß die Annahme außerordentlich gefährlich wäre, die Sowjetunion sei durch innere Schwierigkeiten oder Probleme mit den Satelliten so geschwächt, daß sie unter keinen Umständen zum Krieg Zuflucht suchen werde"[152]. Es sei daher im Augenblick nicht erforderlich, die antisowjetische Rhetorik zu verstärken oder die Operationen der psychologischen Kriegführung auszuweiten. Tatsächlich waren die entscheidenden Politiker in Washington nach den Erfahrungen mit dem Aufstand

---

147 Die sowjetischen Vorschläge in: FRUS 1952–1954, Bd. 7, Teil 1, S. 1182–1194.

148 Vgl. den Bericht „Einige Bemerkungen zu dem Ergebnis der Berliner Konferenz", 3.3. 1954, in: PA AA, Abteilung III, 212-19, Bd. 8.

149 Wie Anm. 141.

150 Bericht von Jackson „Post-Berlin Thoughts on the Current Soviet Psyche", 22.2. 1954, in: DDEL, Ann Whitman File, Administration Series, folder: C.D. Jackson, 1954 (2), box 22.

151 Ebenda.

152 Memorandum für das Weiße Haus, 2.3. 1954, in: Ebenda.

Jahrgang 46 (1998), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

in der DDR eher daran interessiert, verfrühten Revolten in Osteuropa vorzubeugen, da „die zu erwartenden Repressalien oder sonstige Resultate nur Verluste, gemessen an den Zielen der USA, bescheren würden"[153].

VII.

Im Januar 1954 unterrichtete Jackson den Präsidenten über seine Absicht, aus der Administration auszuscheiden[154]. Sein Rücktritt nach der Berliner Konferenz war jedoch nicht die Folge politischer Differenzen mit Dulles oder der Ablehnung seiner Befreiungs-Doktrin[155]. Er hatte, als einer der Sonderreferenten Eisenhowers, ohnehin nur ein Jahr bleiben und dann wieder zu „Time-Life" zurückkehren wollen[156]. Eisenhower und Dulles empfanden denn auch, obschon sie vor vielen Plänen zurückschreckten, die er für die psychologische Kriegführung schmiedete, Jacksons Abgang als Verlust; er habe „eine Lücke hinterlassen"[157]. Im Mai machte Dulles in einem Brief an Jackson die Europäer für den Mangel an Aktivität auf dem Felde der psychologischen Kriegführung verantwortlich: „Ich habe ein gewisses Gefühl der Entmutigung, und zwar deshalb, weil es unmöglich ist, jene dynamischere und kühnere Politik in Gang zu setzen, die ich für notwendig hielt, als ich dieses Amt übernahm; der Hauptgrund dafür ist die Tatsache, daß wir ständig dadurch blockiert sind, daß unsere wichtigsten Verbündeten nicht bereit sind, irgendein Risiko einzugehen."[158] Das war allerdings nur die halbe Wahrheit. Im Gegensatz zu dem Bild des Kalten Kriegers, das seine aggressive Rhetorik suggerierte, hat Dulles gegenüber Westeuropa und der Sowjetunion stets mit vorsichtiger Diplomatie operiert. Zu Aktionen der psychologischen Kriegführung war er hier nur dann bereit, wenn sie, wie die Verteilung von Lebensmitteln, klare Vorteile versprachen und nicht mit allzu großen Risiken verbunden waren.

Jackson wollte tatsächlich ein dynamisches Vorgehen, das die Grenzen der Containment-Doktrin überschreiten und schließlich zur Auflösung des sowjetischen Imperiums führen sollte. Stark von Rostow beeinflußt, sah er nach Stalins Tod eine Chance für die Eisenhower-Administration, eine dramatische Geste zu machen. Mit

---

153 Wie Anm. 139.

154 Jackson an Eisenhower, 6.1. 1954, in: DDEL, C.D. Jackson Papers, Time Inc. File, folder: Eisenhower, Dwight D. Corresp. thru 1956 (2). Interview des Verfassers mit Walt W. Rostow, 26.2. 1991.

155 Ebenda.

156 Jackson an Eisenhower, 3.3. 1954, in: DDEL, Ann Whitman File, Administration Series, folder: C.D. Jackson, 1954 (2), box 22.

157 Eisenhower und Dulles benutzten genau diese Worte in mehreren Briefen an Jackson, zum Beispiel Eisenhower an Jackson, 3.3. 1954, in: DDEL, C.D. Jackson Papers, Time Inc. File, folder: Eisenhower, Dwight D. Corresp. thru 1956 (1), box 41, und Dulles an Jackson, 21.5. 1954, in: Ebenda, folder: Dulles, John Foster, box 40.

158 Dulles an Jackson, 21.5. 1954, in: Ebenda.

Jahrgang 46 (1998), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

der von ihm vorgeschlagenen Viermächte-Konferenz gedachte er, die Position der USA im Ost-West-Konflikt zu verbessern und die sowjetischen Absichten nach dem Machtwechsel in Moskau herauszufinden[159]. Außerdem spürte Jackson, daß Dulles' Versuche, die EVG als Voraussetzung für die deutsche Wiedervereinigung zu präsentieren, nicht wirklich glaubwürdig waren. Die EVG-Politik schloß jeden Ausgleich mit der Sowjetunion aus und unterschätzte zugleich das westeuropäische, namentlich das französische, Mißtrauen gegen Deutschland. Daß die französische Kammer im Herbst 1954 die EVG zu Fall brachte, hat Jacksons Ansicht nur bestätigen können, und der Erfolg der Lebensmittel-Aktion übertraf anfänglich alle Erwartungen. Trotz massivster Gegenpropaganda machten viele Deutsche der DDR von dem Lebensmittelangebot Gebrauch; man kann sogar sagen, daß die Amerikaner mit anderen propagandistischen Operationen nie eine gleich große Anzahl von Ostdeutschen erreichten. Und als die Sowjets im Sommer 1953 die Lebensmittelhilfe zurückwiesen, kam es in der DDR erneut zu Arbeiterdemonstrationen. Zusammen mit dem Konferenzvorschlag setzte die Lebensmittel-Aktion Bundeskanzler Adenauer in den Stand, antikommunistische Propaganda als eine der Hauptwaffen im bundesdeutschen Wahlkampf einzusetzen[160]. In diesem Sinne hat Jackson einige konkrete Resultate zu verzeichnen.

Sein Problem bestand jedoch darin, daß er nie in der Lage war, einen Weg zur Befreiung Osteuropas zu zeigen. Überdies war eine gute Portion Unredlichkeit im Spiele: Während er von der Notwendigkeit beidseitiger Konzessionen und einer Verständigung mit der Sowjetunion sprach, plante er gleichzeitig Operationen der psychologischen Kriegführung, die zur Zerstörung des Sowjetblocks beitragen sollten, und einige seiner Projekte, so das Freiwillige Freiheitskorps, hätten in der Tat als gefährliche Provokationen wirken können. Naiven Enthusiasmus für die psychologische Kriegführung mit aufrichtiger Anteilnahme am Geschick der osteuropäischen Oppositionellen verbindend, suchte Jackson der amerikanischen Außenpolitik mehr Risikofaktoren einzupflanzen, als Eisenhower oder Dulles zu akzeptieren bereit wa-

[159] In der deutschen Frage war die neue sowjetische Führung im Frühjahr 1953 gespalten. Berija scheint bereit gewesen zu sein, ein wiedervereinigtes, kapitalistisches Deutschland zu akzeptieren, sofern es neutralisiert wurde, während andere sowjetische Führer, vor allem Molotow und Chruschtschow, dies ablehnten. Zu Berija und seiner Haltung in der Deutschlandfrage vgl. Albert Resis (Hrsg.), Molotow Remembers. Inside Kremlin Politics. Conversations with Felix Chuev, Chicago 1993; Lew Besymenski, „1953 – Berija will die DDR beseitigen", in: Die Zeit, 15.10. 1993, S. 81–83; D.M. Stickle (Hrsg.), The Beria Affair. The Secret Transcripts of the Meetings Signalling the End of Stalinism, New York 1992; Amy Knight, Beria. Stalin's First Lieutenant, Princeton 1993; James Richter, Reexamining Soviet Policy towards Germany during the Beria Interregnum, Juni 1992; Vladislav M. Zubok, Soviet Intelligence and the Cold War. The „Small" Committee of Information, 1952–1953, Dezember 1992; Wilfriede Otto, Sowjetische Deutschlandpolitik 1952/53. Forschungs- und Wahrheitsprobleme, in: DA 26 (1993), S. 948–1054. Vgl. auch Gerhard Wettig, Zum Stand der Forschung über Berijas Deutschland-Politik im Frühjahr 1953, in: Ebenda, S. 74–82; ders., Nochmals: Berijas Deutschland-Politik, in: Ebenda, S. 1089–1093; ders., Neue Erkenntnisse über Berijas Deutschland-Politik, in: Ebenda, S. 1412f.

[160] Liste „Food Packages Distributed to East Germans", in: DDEL, C.D. Jackson Records, box 1.

Jahrgang 46 (1998), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ren. So ist der Präsident denn auch den Rufen nach einer aggressiveren amerikanischen Politik nicht gefolgt, die von Jackson nach dessen Ausscheiden aus der Administration kamen[161], vor allem im Herbst 1956, als die Sowjets den Aufstand in Ungarn gewaltsam niederwarfen[162]. Solange er als Eisenhowers Spezialist für psychologische Kriegführung fungierte, hat Jackson Politik gemacht und sich als bürokratischer Anstifter betätigt; das beweist seine Rolle in der amerikanischen Deutschlandpolitik. Doch verfehlte er sein eigentliches Ziel: eine an der Befreiungs-Doktrin orientierte fundamentale Änderung der amerikanischen Strategie in Europa. Es ist nicht ohne Ironie, daß er mit seiner Begeisterung für die psychologische Kriegführung wahrscheinlich zur Bekräftigung der Containment-Doktrin durch die Eisenhower-Administration beitrug. Nachdem der Präsident und Außenminister Dulles etwas spät erkannt hatten, daß es unmöglich war, in Europa gleichzeitig eine offensive wie eine defensive Strategie zu verfolgen, waren sie gezwungen, sich eindeutig für die Integration der Bundesrepublik Deutschland in den Westen zu entscheiden und die Befreiung Ostdeutschlands hintanzustellen – eine Politik, an der Präsident Eisenhower bis zum Ende seiner Amtszeit festgehalten hat.

(Aus dem Englischen übersetzt von Hermann Graml)

[161] Jackson an Lewis Banks, 11.11.1954, in: DDEL, C.D. Jackson Papers, Time Inc. File, folder: Ba-misc., box 25.

[162] Vgl. Brands, Cold Warriors, S. 132f.; Kenneth Kitts/Betty Glad, Presidential Personality and Improvisational Decision Making. Eisenhower and the 1956 Hungarian Crisis, in: Shirley Ann Warshaw (Hrsg.), Reexamining the Eisenhower Presidency, Westport/London 1993, S. 195.

Jahrgang 46 (1998), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte